

## Der Boden des Sozialistengesetzes wankt.

Wie bereits berichtet, hatte kurz vor der Reichstagsstichwahl im „Schwarzen Bär“ in Pöpelwitz eine sozialdemokratische Wählerversammlung stattgefunden. Prompt verhängte die Militärbehörde den Boykott über dieses Lokal. Die Genossen versuchten, den Pächter durch guten Besuch ihrerseits zu entschädigen.

U r beantragte bei dem Gericht die Herausgabe der früher bei ihm beschlagnahmten Briefe und des Gruppenbildes, das in seinem Prozesse eine so bedeutende Rolle gespielt hatte. Das Gericht lehnte seinen Antrag ab, da das Bild und die Briefe von neuem beschlagnahmt worden seien, um als Beweisstücke in einem gegen M a x a r a und Genossen schwebenden Prozesse zu dienen. In dieser Prozesssache hatten wieder eine Anzahl Hausdurchsuchungen stattgefunden, darunter auch bei den Schuhmachern K a s u p s k i und J o s e f H e i s i g.

Als t ä g l i c h erscheinendes Organ sollten vom 1. März 1889 ab die „Schlesischen Nachrichten“ herausgegeben werden. Diesen für eine Woche bereits durchgeführten Plan mußte das Blatt aber wieder aufgeben. Es motivierte seine Aenderung wie folgt:

„Da es sich herausgestellt hat, daß ein regelmäßiger Vertrieb unserer täglichen Ausgabe, bei einer einigermaßen erheblichen Abonnentenzahl in der Provinz, durch unsere Filialexpeditenten und Kolporteurs noch nicht möglich ist, so stellen wir nach dem Versuch dieser einen Woche das Erscheinen des Tageblattes wieder ein, um die sich in stetem, erfreulichen Aufschwunge befindliche Wochenausgabe nicht zu schädigen. Wir halten es für selbstverständlich, daß alle Abonnenten der Tagesausgabe zur Wochenausgabe wieder zurückkehren und dieselbe mit größtem Eifer noch weiter verbreiten werden.“

Gleichzeitig mit dem Versuche, ein täglich erscheinendes Parteiorgan zu schaffen, erfolgte die Gründung eines Wahlvereins. Wenn es bei der letzten Nachwahl in Breslau auch noch der Sozialdemokratie kaum möglich war, in Versammlungen Wahl-agitation zu treiben, so änderte sich das Bild doch allmählich. Das Sozialistengesetz wurde immer milder gehandhabt. So entstanden in Berlin und anderen Städten Wahlvereine, die sich bald „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“ oder ähnlich, bald direkt „Sozialdemokratischer Wahlverein“ nannten. Manche dieser Vereine wurden verboten, im ganzen aber hielten sie sich. Die Breslauer Genossen wollten nicht zurückstehen und inserierten daher wie folgt in den „Schlesischen Nachrichten“:

„Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen in Breslau. Zum Zwecke der Gründung des obengenannten Vereins findet Sonntag, den 10. März, nachmittags 4 Uhr, im „Eisbär“, Hintergasse, eine öffentliche Versammlung statt. — Vortrag des Herrn Redakteurs Bruno Geiser über das Thema: „Welchem Zwecke sollen und können Vereine zur Erzielung volkstümlicher Wahlen dienen?“ Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Das Komitee.“

Vor etwa 300 bis 400 Zuhörern entwickelte Geiser in längerer Rede die Zwecke und Ziele des zu gründenden Vereins.

Dieser werde es sich in erster Linie angelegen sein lassen, die Lage der Arbeiter zu bessern und zwar mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse. Ein Minimallohn (von mindestens 18 Mark), desgleichen ein Maximalarbeitstag müsse normiert werden; das „Recht auf Arbeit“, das schon vom Fürsten Bismarck selbst anerkannt sei, müsse auch gesetzliche Anerkennung finden, wie denn überhaupt die Regierung zu einem schnelleren Tempo in der sozialen Reform gedrängt werden müsse. Auf politischem Gebiete soll vor allem gleiches, geheimes Wahlrecht für Landtag, Provinzial- und Gemeindevertretung durch den Verein angestrebt werden. Zur Herstellung einer wahrhaften Volksvertretung soll das Einkammerystem eingeführt und das Herrenhaus abgeschafft werden, da in demselben oft die mühsam im Abgeordnetenhaufe zustande gekommenen Gesetze einfach unter den Tisch geworfen wurden. Alle noch bestehenden Vorrechte sind aufzuheben, wie die Steuerfreiheit der Standesherrschaften. Ferner müssen alle indirekten Steuern aufgehoben und die sämtlichen öffentlichen Bedürfnisse in Staat und Gemeinde durch eine progressive Einkommensteuer gedeckt werden. Zum Schlusse seiner sehr beifällig aufgenommenen Rede sprach Geiser die Hoffnung aus, es werde der Beweis gelingen, daß die Ziele der Sozialdemokratie edel, gut und aner kennenswert seien und daß man unrecht tue, sie als gefährliche Geheimbündelei unter den gehässigen Zwang einer Ausnahme gesetzgebung zu stellen. Auch die Verstaatlichung etwaiger Erwerbszweige, deren Gewinn bisher in die Taschen unerfättlicher Privatunternehmer geflossen sei, streifte der Redner.

Während der dem Referat folgenden Pause zeichneten sich viele der Anwesenden in die ausliegenden Mitgliederlisten ein. Alsdann schritt man zur Beratung der Statuten, nach denen die Leitung der Geschäfte des Vereins einem Vorstande von sieben Mitgliedern übertragen wurde. Mitgliederversammlungen sollten monatlich stattfinden, außerdem aber sollte allmonatlich eine öffentliche Versammlung abgehalten werden, in der Vorträge zur Erweiterung der politischen Erkenntnis der Erschienenen gehalten werden sollten. Dadurch hoffte man die Entwicklung des Vereins und der Partei zu fördern. Als Einschreibgebühr wurden 20 Pf. und als monatlicher Beitrag ebenfalls 20 Pf. festgesetzt. Die nächste Versammlung sollte die Wahl des Vorstandes vollziehen. Zum Publikationsorgan wurden die „Schlesischen Nachrichten“ erklärt. Vorsitzender des Vereins wurde später Oskar Schütz und Kassierer Johann Maxara.

Geiser tat trotz des Beschlusses des St. Gallerer Parteitags in der hiesigen Parteibewegung hervorragend seine Pflicht und wurde deshalb von der „Breslauer Morgenzeitung“ angerempelt. Er sandte diesem Blatte die nachstehende Richtigstellung:

„Ich habe nicht, wie eine Notiz Ihrer Zeitung behauptet, vom St. Gallerer Kongreß ein Mißtrauensvotum erhalten, sondern ein

Tadelspotum, und dieses ausschließlich deshalb, weil ich der Abhaltung eines Parteitags der Deutschen Sozialdemokratie im Auslande nicht zugestimmt hatte. Ich hielt damals, genau ebenso wie heut, für geboten, solche allgemein deutsche Zusammenkünfte unter Anwendung aller geschlich uns zu Gebote stehenden Mittel in Deutschland selbst immer wieder wenigstens zu versuchen, zumal wir demokratischen Sozialisten nicht das mindeste zu verheimlichen haben, und außerdem, selbst wenn wir die Gastfreundschaft der Estimos in Anspruch nähmen, vor deutschen Polizeispiionen nicht um ein Haar sicherer wären, als in Deutschland."

Eine peinliche Situation entstand in einem Preßprozeß gegen die „Schleisschen Nachrichten“, der sich am 25. Mai vor der Breslauer Strafkammer abspielte. Angeklagt wegen Beleidigung des Korkfabrikanten Schoeffler waren Geiser und der Herausgeber und verantwortliche Redakteur unseres Parteiorgans, Schneidermeister Maxara. Letzterer verteidigte sich in einem ganz eigentümlichen Deutsch und behauptete, selbst der Verfasser des beleidigenden Artikels gewesen zu sein, von dem Geiser keine Kenntnis gehabt hätte. Der Staatsanwalt bezweifelte diese Behauptung und forderte Maxara auf, sofort einige in diesem Sinne gehaltene Sätze niederzuschreiben. Dieser stutzte und legte mit den Worten: „Kann ich nicht!“ Feder und Papier weg. Auf die weitere Frage, worin denn seine schriftstellerische Tätigkeit bestehe, erwiderte Maxara: „Mach' ich Entwurf, meine Frau schreibt ab!“ Der Staatsanwalt erklärte Maxara für „die Deckung des Hinterhalts, aus dem Geiser seine spiken Pfeile verschieße“ und beantragte gegen jeden der beiden Angeklagten zwei Monate Gefängnis. Das Gericht sprach Geiser frei, da ihm nicht bewiesen, daß er der Verfasser des Artikels gewesen sei; verurteilte aber Maxara zu einem Monat Gefängnis.

Der Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen entfaltete unter der Leitung von Oskar Schück eine rege Tätigkeit. So hatte er zum ersten Pfingstfeiertage eine öffentliche Versammlung im Saale des „Ernestinentals“ geplant, in der August Kühn referieren sollte. Trotz der tropischen Hitze hatten sich eine große Anzahl von Personen aus dem Arbeiterstande eingefunden. Im letzten Moment aber verweigerte der Wirt die Hergabe des Saales, weshalb die Genossen von der Polizei zurückgewiesen wurden. Für den zweiten Feiertag war eine Mitgliederversammlung des Vereins in Aussicht genommen.

Da die Breslauer Polizei annahm, daß auch die hiesigen Sozialdemokraten einen Delegierten zum Internationalen Sozialisten-Kongreß in Paris entsenden würden, erließ sie eine Bekanntmachung, wonach „auf Grund des § 16 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 das Einsammeln von Geldbeträgen zum Zweck der Bestreitung der Reisekosten für die seitens der hiesigen sozialdemokratischen Parteigenossen zum Pariser Sozialisten-Kongreß zu entsendenden Delegierten, sowie die öffent-

liche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge für den Umfang des diesseitigen Polizeibezirks verboten wird.“ Die Genossen kümmerten sich wenig um diese Bekanntmachung; sie wählten Oskar Schütz als ihren Vertreter und sammelten die nötigen Gelder zur Delegation. Die „Breslauer Morgenzeitung“ bemerkte zu der Publikation des Polizeipräsidenten:

„Dieses polizeiliche Verbot ist für die Sozialdemokraten weder ein Novum, noch ein sonderliches Hindernis. Es ist vielmehr eine Warnung,



Gustav Titz.

die von Seiten der Sozialdemokratie fast als eine polizeiliche Liebenswürdigkeit aufgefaßt werden könnte. Denn was man ohne dieselbe vielleicht offen und auf die Gefahr der Konfiskation der Sammlung hin getan haben würde, das wird man jetzt — falls nämlich die Entsendung eines Delegierten nach Paris in der Tat beabsichtigt ist — in aller Heimlichkeit tun. Und zu Meistern des versteckten Parteilebens sind ja die Sozialdemokraten durch das gegen sie gerichtete Ausnahmegeretz erzogen worden. Für uns hat das polizeiliche Verbot der Sammlungen nur ein symptomatisches Interesse, es scheint uns anzudeuten, daß man neuerdings gegen die Sozialdemokratie wieder energischer einschreiten will.

Die Genossen in Brieg schlossen sich der Delegation von Schütz an. In einer daselbst stattgefundenen öffentlichen Arbeiterversammlung, in der Geiser über das Thema: „Wie stellen wir uns zu dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris?“ referierte und in der der Former Balduin Gerhardt und der Zigarrenmacher Boehnisch die Ausführungen Geisers unterstützten, wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen: „Die am 7. Juli stattgefundene öffentliche Arbeiterversammlung verpflichtet sich, in materieller Beziehung den in Paris am 14. Juli beginnenden Internationalen Arbeiter-Kongreß tatkräftig zu unterstützen und erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Geiser voll und ganz einverstanden.“ Diese Versammlung rüttelte die Arbeiterschaft der alten Piastenstadt aus langer politischer Ruhe wieder einmal gründlich auf; sie wurde mit einem von Geiser ausgebrachten dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung unter brausenden Jubelrufen der Anwesenden geschlossen.

Durch das Wiedererscheinen einer Parteipresse im Lande war die Abonnentenzahl des „Sozialdemokrat“ von 12 000 auf 9000 gesunken. Seit dem 1. Oktober 1888 befand sich die Redaktion des Blattes in London. In den ersten Jahren wurde der „Züricher“ regelrecht unter Benutzung aller Errungenschaften der Neuzeit über die Schweizer Grenze geschmuggelt; in späteren Jahren gestaltete sich die Verbreitung wesentlich einfacher. Schon vor Erfindung der großen Rotationsmaschinen war glücklicherweise die Kunst der Stereotypie bekannt und man sandte daher auf eine unauffällige Weise die Matrizen nach Deutschland, um die Zeitung hier in Offizinen, deren sozialistische Betätigung keinem Außenstehenden bekannt war, ausdrucken zu lassen. Jahrelang bis zum Falle des Ausnahmegesetzes dauerte diese Art der Herstellung des Blattes, und es ist für die Zuverlässigkeit der mit solcher Arbeit beauftragten Personen wie für den „Scharfsinn“ der preussischen Polizei gleich bezeichnend, daß niemals bei dieser Arbeit auch nur ein einziger Fall von behördlicher Störung zu vermerken gewesen ist.

### **Die Zeitschrift „Staat und Bürger“ und die Bemühungen um Errichtung eines Sozialistenheims.**

Im Selbstverlage von Bruno Geiser, Breslau, Lühowstraße 16, erschien im Jahre 1889 eine von ihm selbst redigierte „Halbmonatschrift zur allgemeinverständlichen Belehrung über Gesetz und Recht, über Verwaltung von Staat, Provinz und Gemeinde, sowie über die Aufgaben des Staates, der Gesellschaft und aller ihrer Angehörigen.“ Diese Schrift betitelte sich: „Staat und Bürger, wie sie sind und wie sie sein sollen“

Der Preis des einzelnen Heftes betrug 10 Pf. Geiser hatte seinen „Staat und Bürger“ als Ersatz der „Neuen Welt“ auf politischem und staatswissenschaftlichem Gebiete geplant. Drucker war Maximilian Schlesinger, Ring 47.

„Die gesamte politische Bildung, so allgemeinverständlich und doch so tief eindringend und umfassend als nur möglich“, so heißt es in dem Prospekt, „werden die Jahrgänge von „Staat und Bürger“ ihren Lesern bieten. Auf keine sozialpolitische Frage werden sie die Antwort schuldig bleiben — sie werden Abhandlungen fachkundigster Verfasser über alles bringen, was das Interesse des Volkes auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Staatsverwaltung berührt; sie werden alle wichtigeren Gesetze, selbst — Strafgesetzbuch, ebenso Straf- und Zivilprozessordnung, Gewerbeordnung, Sozialreformgesetze, Vereins- und Versammlungsgesetze usw. — mit gemeinfaßlichen Erläuterungen veröffentlichen; sie werden alle bedeutenderen Erscheinungen des politischen und sozialen Lebens beleuchten; sie werden jedem Leser mit Auskunft und gutem Rat an die Hand gehen, in allen Fragen, welche mit ihrer umfassenden Aufgabe irgendwie in Zusammenhang stehen.“

Geiser war ehrlich bestrebt, das Versprochene zu halten. Im ersten Heft brachte er einen Artikel über die Grundrechte des Volkes wie sie sind, in dem er besonders die einzelnen Artikel der preußischen Verfassung einer gründlichen Beleuchtung unterzog. Das zweite Heft behandelte die Grundrechte des Volkes, wie sie sein sollen. Spätere Hefte brachten Artikel über „Den Ursprung der Familie und des Staates“, über „Die Invaliditäts- und Altersversorgung im Deutschen Reiche“, über „Das Recht auf eine kulturwürdige Menscheneexistenz“, über „Die Rechtsstellung der Frau“ usw. Dazwischen bildeten den Inhalt: „Sozialpolitisches Allerlei“, Literarisches, Briefkasten, Bücher-Anzeigen und Besprechungen. Doch trotz der eifrigen Bemühungen ihres Herausgebers brachte es die Zeitschrift nur auf 15 Nummern.

Der materielle Zweck, dem dieses literarische Unternehmen dienen sollte, war die Gründung eines Sozialistenheims in Breslau. Um alle überflüssigen Kosten zu vermeiden und dadurch einen größeren Ueberschuß zu erzielen, ließ man die Hefte des „Staat und Bürger“ ohne Umschlag erscheinen. Die Möglichkeit und Nützlichkeit eines solchen Heims wurde in einem längeren Artikel nachgewiesen. Die 20 000 sozialistisch gesinnten Wähler Breslaus, sagt Geiser darin, kommen nicht genügend zur Geltung. „Höchstens wenn ein allbekannter Sozialdemokrat sich in Breslau begraben läßt, dann quellen sie in hellen Haufen aus ihren Wohnungen und Werkstätten hervor, dann sperren sie die Straßen, dann flammt Tausenden die ehrliche zukunftsfrohe Sozialdemokratengefinnung aus den Augen, am nächsten Tage aber saugt das Alltagsstreiben die sozialdemokratische Hochflut des einen Tages wieder auf.“

Am Sonntag, den 2. Juni 1889, fanden die öffentlichen Arbeiterversammlungen statt, in denen beschlossen wurde, ein Sozialistenheim zu gründen. Die erste der Versammlungen war einberufen von dem Zigarrenmacher Gustav Tige; sie tagte um 4 Uhr in der „Stadt Jauer“, Märkische Straße 110; die zweite war von dem Zigarrenfabrikanten Carl Klar zu 5 Uhr nach dem „Ernestinenthal“ in der Matthiasstraße; die dritte zu 6 Uhr von dem Maurer Reichelt, in den für die Breslauer Arbeiterbewegung zur letzten Zufluchtsstätte gewordenen „Eisbär“ in der Hintergasse. Alle drei Versammlungen behandelten dieselbe Tagesordnung und hatten in der Person Geisers denselben Referenten, dem in der „Stadt Jauer“ der Zigarrenfabrikant Christian Fischer, in „Ernestinenthal“ der Schneider Kuhlemeier und im „Eisbär“ der Former Ostarschütz als Korreferenten zur Seite standen. Der Referent Geiser entwickelte in möglichst knapper Fassung folgende Gedanken:

Das Thema der Tagesordnung: Was den Arbeitern Breslaus am dringendsten nützt, reizt zu rascher und einfacher Beantwortung. Den Arbeitern Breslaus tut so dringend not, wie allen übrigen Arbeitern, ja noch dringender als den Arbeitern vieler anderer Gegenden Deutschlands, eine erhebliche Besserung ihrer Lebenslage; so brauchen sie so dringend wie nur möglich ein größeres Maß politischer Freiheit, desgleichen mehr und ungehindertere Koalitionsfreiheit, endlich erheblich mehr Schulbildung, als die Volksbildungsanstalten unserer Zeit ihnen gewähren.

Um aber all das allmählich zu erreichen, ist vorerst etwas anderes nötig und unerlässlich: die Vereinigung aller oder mindestens möglichst vieler Arbeiter zu gemeinsamem Wollen und Fordern, zu gegenseitiger politischer und sozialpolitischer Aufklärung und Anfeuerung, zu politischem Denken, Wirken und Handeln. Mehr wie jeder andere Stand unserer Volksgemeinschaften ist das arbeitende Volk auf das eigene Erkennen, das Selbsthandeln angewiesen; gerade für das moderne Proletariat gilt das Dichterwort in vollstem Maße: Sein Schicksal schafft sich selbst der Mann. Die Zeit ist unwiederbringlich vorüber, in der den Volksmassen von den Wortführern des Liberalismus weis gemacht werden konnte, daß das Los des Volkes sich ganz von selbst bessern würde, sobald nur die allein seligmachende „freie Konkurrenz“ alle wirtschaftlichen Kräfte der Völker zur Entfaltung bringen würde. Die „freie Konkurrenz“ haben wir nur zu lange schon, die Lage der Volksmassen ist um nichts, das der Rede wert wäre, besser geworden. Die freie Konkurrenz verhilft den wirtschaftlich Starken zum spielend leichten Siege über die wirtschaftlich Schwachen; für den Armen aber hält sie zu allen Zeiten Ketten bereit, die derselbe in nur sehr seltenen Glückszufällen zu sprengen vermag. Dieser tatsächlichen Lage gegenüber ist dem

# Staat und Bürger

wie sie sind und wie sie sein sollen.

## Inhaltsverzeichnis

zur allgemeinerkennlicheren Bekanntschaft über Gesetz und Recht, über Erziehung von Staat, Provinz und Gemeinde, sowie über die Aufgabe des Staats, der Gesellschaft und der ihrer Angehörigen.

Redaktion und Verlag: Franz Meißner, Breslau, Finkenstraße 10.

Jede Nummer ist einzeln zu haben; sie kostet ein für sich abgedrucktes Gekostes Gekostes und kostet 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf., halbjährlich 50 Pf., durch den der Expedition unter Kreuzband postfrei in 8 Bänden 300 Pf., bestellbar 110, jährlich 2 Mark.

**Nr. 10.** Inhalt: Die Rechtsstellung der Frau. — Die beiden größten Revolutionäre Deutschlands im Jahrhundert der großen Revolution. Nach Kappeler. — Sozialpolitische Axiome: über die Frau in der Geschichte. — Die Klagen der Frau. — Nach und nach: Rechte und Verantwortlichkeiten. — Gebührende. — Die Frau.

1889.

## Die Rechtsstellung der Frau.

Man macht sich gewöhnlich die Vorstellung, daß in den ältesten Zeiten

Kopf der Nr. 10 von „Staat und Bürger“ 1889.

Arbeitervolke nur das eine übrig geblieben, indem es stärker ist als alle übrigen Volksteile: die Masse.

Die neunzehn Zwanzigstel aller Kulturvölker, welche hart arbeiten müssen ihr Leben lang und selbst in den besten Fällen nicht mehr erringen, als eine bescheidene Existenz, sie brauchen sich nur zu vereinigen, um aus der planlosen Einzelwirtschaft unserer Zeit, aus der anarchistischen Produktionsweise des pseudoliberalen Manchesterturns eine planvolle, die Bedürfnisse aller Volksgenährigen wissenschaftlich feststellende und die Verteilung der Arbeitserträge nach vernünftigen, redlichen Grundsätzen gerecht und freigebig regelnde Sozialwirtschaft zu schaffen. Damit die Massen sich vereinigen, müssen aber die einzelnen miteinander in recht häufige Berührung kommen, sie müssen sich zum Meinungsaustausch und zur gegenseitigen Belehrung versammeln und um diesem Versammlungsbedürfnisse zu genügen, müssen den Arbeitern Versammlungslokale zur Verfügung stehen.

Nun gibt es heute allerorten, auf dem Lande und in den Städten, vor allem aber in den großen Städten, geräumige Lokale, Säle, die Tausende von Menschen fassen und von ihren Inhabern zu allen möglichen Zwecken des öffentlichen Lebens dem Publikum zur Verfügung gestellt werden. Für die Arbeiter jedoch, insbesondere für die das arbeitende Volk vertretende politische Partei, die Sozialdemokratie, sind solche Lokale selten zu haben, an manchen Orten gar nicht. In Breslau speziell, das ungewöhnlich reich ist an großen und schönen Sälen, ist jahrelang überhaupt kein Plätzchen zu finden gewesen, wo die Arbeiter hätten eine politische Versammlung abhalten können. In neuester Zeit ist nun wohl ein und das andere Lokal zu finden gewesen, aber niemals ein in dem mittleren Teile der Stadt gelegenes, welches Aussicht auf den Besuch von Bewohnern aller Stadtteile gehabt hätte. Weit hinaus in die Vorstädte mußte man gehen, Lokale mußte man aufsuchen, deren Inhaber entweder ohnehin mit ihren Hauswirten oder der Polizei in unheilbarem Konflikt lagen, oder die dicht daran waren, für die Dauer geschlossen zu werden, und nur noch in aller Eile ein paarmal als Geldquellen um jeden Preis dienen sollten.

Aber nicht nur allein der politischen Tätigkeit der Breslauer Arbeiter erwachsen derartige Schwierigkeiten, auch für die Zusammenkünfte der Vereinigungen zum Schutze ihrer materiellen Interessen, der Fachvereine, Krankenkassen usw., war es nicht leicht, gute Lokale zu finden, und in unserer Zeit sind sogar die Versuche des eben erst gegründeten und in erfreulichem Aufblühen begriffenen „Volkshilfsinstituts der Breslauer Arbeiter“, einen Teil seiner Unterrichtskurse mitten in der Stadt abzuhalten, vollständig gescheitert. Der eine Inhaber eines öffentlichen Lokals, bei dem das Volkshilfsinstitut in harmloser Weise Stenographie getrieben hatte, verweigerte die weitere Hergabe seiner Zimmer in barscher Weise ohne Angabe der Gründe. Ein anderer

hatte sich förmlich verschworen, er werde sich unter keinen Umständen zur Lokalverweigerung bewegen lassen, als die Stenographiebeflissenen des Volksbildungsinstituts aber kamen, da war das vor wenigen Tagen vor Zeugen vermietete Zimmer fest verschlossen und der Besitzer desselben schwor Stein und Bein, er sei ein ruiniertes Mann, wenn er auch nur ein einziges Mal sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung überlasse, denn „der Herr Kommissarius war da“ und der Herr Kommissarius hatte dem Manne fürchterliche Angst eingejagt, er ließ den Laden und die übrigen Räumlichkeiten des Kaufmanns alle Augenblicke von einer Schutzmannspatrouille revidieren und drohte dadurch alle Kunden des Kaufmanns zu verjagen. Dieser glaubte seinen Untergang nahe, er beteuerte, er wolle lieber schnurstracks sich umbringen, „in die Oder gehen“, als ein Leben zu führen wie ein vielfach abgestrafter Zuchthäusler, der von Rechts wegen unter Polizeiaufsicht gestellt ist, kurz, das Volksbildungsinstitut fand in den sämtlichen öffentlichen Lokalen des Stadtinnern auch nicht das kleinste Plätzchen, wo es sich hätte der Wissenschaft widmen können.

Daß das unwürdige Zustände sind, von denen sich die Breslauer Arbeiter befreien müssen, sieht jedermann ein. Zu solcher Befreiung gehört nichts weiter als Geld und wenn auch der einzelne Arbeiter in Breslau kaum über so viel Geld verfügt, als zu seiner Notdurft und Nahrung und der seiner Familie gehört, so können doch die Massen hier wie überall für ihre eigenen Zwecke noch Gelder genug zusammenbringen, ist es doch die große besitzlose, von ihrer Hände Arbeit lebende Masse, welche den weitaus größten Teil all der ungeheuren, in die Milliarden gehenden Riesensummen aufbringt, die alljährlich zur Bestreitung der Staats- und Gemeindeausgaben verbraucht werden. Wie bringt man nun am besten die Gelder zusammen, deren die Breslauer Arbeiter bedürfen, um sich in der leidigen Versammlungslokalfrage von mißgünstigen politischen Gegnern, abhängigen und hasenherzigen Lokalinhabern und von übereifrigen, die Grenzen ihrer Pflicht überschreitenden Organen der öffentlichen Macht unabhängig zu machen? Doch wohl am besten dadurch, daß man geistige Bedürfnisse des arbeitenden Volkes nach bestem Wissen und Gewissen zu befriedigen sucht durch die Schaffung passender Preßunternehmungen und die Erträge derselben zu jenen Zwecken verwendet. Solch ein Preßunternehmen allernotwendigster Art glaubt der Referent in „Staat und Bürger“ geschaffen zu haben, denn was braucht das arbeitende Volk dringender von geistiger Nahrung, als Belehrung über Gesetz und Recht, über seine politischen Pflichten, über die Frage, wie seine politischen Rechte erweitert, wie seine materielle Lage verbessert werden kann? Die politischen Zeitungen können beim besten Willen und beim tüchtigsten Vermögen nicht das leisten, was eine eigens zu solchem

Zweck geschaffene, von den Tagesereignissen im wesentlichen unabhängige Zeitschrift leisten kann, die außerdem aufbewahrt und am Schlusse jedes Jahres zu einem handlichen Buche zusammengefaßt wird und immer wieder von Anfang bis zum Ende studiert werden kann, ohne daß sie durch den Ballast altbacken gewordener ehemaliger Tagesneuigkeiten und lokalen Klatsches das Interesse abschwächt und ermüdet.

„Staat und Bürger“ ist also dazu angetan, einen großen Leserkreis und einen steigenden Absatz zu gewinnen; es ist außerdem technisch so bei seiner Gründung verfahren worden, daß „Staat und Bürger“ schon bei ein paar tausend Abonnenten Ueberfluß abwirft, diesen ganzen Ueberfluß stellt nun der Herausgeber ohne jeden Hintergedanken und ohne alle Verklammerung dem Zwecke der Erwerbung eines Arbeiter-Versammlungslokals zur Verfügung. „Staat und Bürger“ soll die Grundlage schaffen für ein Sozialistenheim in Breslau. Zu diesem Zwecke hat sich der Herausgeber von „Staat und Bürger“ in Verbindung gesetzt mit einer Anzahl von Vertretern des Breslauer Arbeiterstandes, welche sämtlich auf seine Gedanken verständnisvoll und schaffenseifrig eingegangen und sofort zu einer Kommission für die vorbereitenden Schritte zur Gründung eines Sozialistenheims zusammengetreten sind.

Dieses Projekt nun hinauszutragen aus dem engeren Kreise der Kommission in die Arbeitermassen, die Kommission von vielen Hunderten versammelter Arbeiter bestätigen und ergänzen zu lassen, die Breslauer Arbeiterwelt mit „Staat und Bürger“, seiner wissenschaftlich-politischen Aufgabe und seinem materiellen Zwecke bekannt zu machen, das ist die Aufgabe der heutigen Versammlungen. Wenn sich nun Leute finden sollten, welche die Bezeichnung „Sozialistenheim“ für die zu schaffende Zusammenkunftsstätte als unvorsichtig und möglicherweise dem Unternehmen hinderlich betrachten sollten, so ist zu erwidern: Das Kind mußte mit dem rechten Namen benannt werden, wir haben keine Ursache, damit hinter dem Berge zu halten, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen Sozialisten sind, und ich halte es für meine besondere Pflicht, hinzuzufügen: Demokratische Sozialisten, wir wollen, daß allerdings in erster Linie die über allen Parteien stehende, voraussetzungs- und furchtlose Wissenschaft den Angehörigen des arbeitenden Volkes zugänglich gemacht wird, da wir aber genau wissen, daß diese voraussetzungs- und furchtlose „moderne“ Wissenschaft das beste Fundament, ja sogar der fruchtbare Boden ist, aus dem der demokratische Sozialismus als die auf die Fragen der Sozialpolitik angewandte Wissenschaft mit Notwendigkeit emporblühen muß, so sind wir weit davon entfernt, zu verheimlichen, daß die Lehren des Sozialismus, allerdings in ernster Prüfung und leidenschaftsloser Belehrung, an dieser zu schaffenden Stätte Eingang finden sollen ins Volk. Wie ich mir die Tätigkeit, welche

# Schlesische Nachrichten

## Organ für Ledermann aus dem Volke.

Nr. 13.

Veranstaltet von Johann Bajer.

Verleger: Bruno Geffert. — Redaktion: Augustin Nr. 16 (Eingang) täglich von 11—1 Uhr).

Druck- und Verlagsanstalt: I. Volkelt, 21. part., II. Waller, und Buchbinder, in Glogau, Buchdruckerei von H. S. S. 1894, III. W. S. 1894, 16. I.

Eintrittspreis mit Post-Zuschuss halbjährlich unter Nr. 6256.

Für den Preis von 10 Pf. werden 100 Exemplare gratis abgegeben, jedoch nur bei Vorbestellung.

### Breslau, den 8. März 1889.

#### Das Reichsgericht und der letzte Münchener „Geheimbunds“-Prozess.

Unsere Leser wissen, daß die letzte Sitzung des Reichsgerichts am 27. März 1889 stattfand. In dieser Sitzung wurde der letzte Münchener „Geheimbunds“-Prozess verhandelt. Der Vorsitzende des Reichsgerichts, Herr v. Schott, hat in seiner Rede die Wichtigkeit dieses Prozesses für die deutsche Nation hervorgehoben. Er hat betont, daß die deutsche Nation durch die Verurteilung der Angeklagten einen großen Schritt in der Richtung der Einheitlichkeit des Rechts gemacht hat. Er hat auch die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung hervorgehoben. In der Sitzung haben die Angeklagten ihre Unschuld bestritten. Sie haben behauptet, daß sie nur Mitglieder des Vereins waren und keine politischen Ziele verfolgten. Das Reichsgericht hat die Angeklagten für schuldig erklärt. Es hat sie zu Gefängnisstrafen verurteilt. Diese Urteile sind ein Beweis für die Stärke des Reichsgerichts. Sie zeigen, daß das Reichsgericht die Gesetze streng durchführt. Sie zeigen auch, daß das Reichsgericht die Interessen der deutschen Nation wahrnimmt. Die Angeklagten sind nun in Gefängnis. Sie werden dort ihre Strafe verbüßen. Die deutsche Nation kann sich über diese Urteile freuen. Sie sind ein Beweis für die Einheitlichkeit des Rechts in Deutschland. Sie sind ein Beweis für die Stärke des Reichsgerichts. Sie sind ein Beweis für die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Deutschland.

Kopf der „Schlesischen Nachrichten“ vom 8. März 1889.

wir dort zu entfalten haben werden, denke, will ich sogleich auch mit ein paar flüchtigen Strichen andeuten: Zunächst werden wir dort erst imstande sein, unser Volksbildungsinstitut so recht den mannigfaltigen Geistesbedürfnissen der Arbeiterwelt entsprechend auszubauen, dann werden wir selbstverständlich die Arbeiter- und Volksversammlungen aller Art aufnehmen und die Interessen der in der politischen wie in der Lohnbewegung stehenden Arbeiter ebenso pflegen, wie ganz unpolitische Geselligkeitszwecke, schließlich aber werden wir von vornherein unser Augenmerk darauf richten, die größte Aufgabe lösen zu helfen, welche den Vertretern des Arbeiterstandes der Gegenwart gestellt ist, Material herbeizuschaffen zur endlichen Lösung der sozialen Frage. Die Wissenschaft der Statistik auszubauen, das muß die Geistesarbeit des arbeitenden Volkes unserer großen Zeit werden. Die Statistik bleibt ein bettelarmes Waisenkind, mag sie immerhin von königlichen und städtischen statistischen Büros mit Ernst und Ehrlichkeit gepflegt werden, so lange die Volksmassen nicht die Statistiker ihrer eigenen Lage und ihrer Bedürfnisse geworden sind.

Ist aber erst einmal das blendende Licht statistischer Feststellung über alle Gebiete der Produktion und der Volkslage durch das Volk selbst, nicht allein in toten Tabellen, sondern in lebendigen, passenden Zusammenstellungen und Abhandlungen ergossen, so werden sich mit überraschender Einfachheit die Mittel enthüllen, die Staat und Gesellschaft zur Lösung der scheinbar unentwirrbaren sozialen Schwierigkeiten anwenden müssen. Unser Sozialistenheim soll uns also die Möglichkeit unge störter Verfolgung der kleinen und der großen Zwecke des Volkslebens gewähren. In diesem Sinne an seiner Schöpfung mitzuwirken, dazu werden alle Teilnehmer der drei Versammlungen des heutigen Tages, sowie alle politisch denkenden Mitglieder des arbeitenden Volkes überhaupt, aufgefordert.

Diese Ausführungen fanden überall die lebhafteste, völlig einmütige Zustimmung. Die Kommission zur Gründung eines Sozialistenheims wurde bestätigt und ergänzt. Auch die Korreferenten schlossen sich in trefflichen Reden dem Referenten an und die Versammelten bewiesen großen Eifer und Verständnis für die entwickelten Gedanken. Der nachstehende Aufruf wurde zur Weiterverbreitung von den Anwesenden übernommen:

#### Arbeiter und Handwerker Breslaus!

Wir Unterzeichneten wollen alle unsere Kraft daransetzen, in Breslau und der Provinz Schlesien eine die wahren Interessen des arbeitenden Volkes mutig und wahrheitsgetreu vertretende Presse zu verbreiten, um uns Angehörigen des arbeitenden Volkes die Möglichkeit zu verschaffen, zur Vertretung unserer gemeinsamen Interessen, die auch die Interessen der gesamten Menschheit sind, sowie zur Erringung einer kulturwürdigen Lebenslage uns zu vereinigen und durch Verbreitung politischer Erkenntnis und allgemeiner Geistesbildung hierzu zu befähigen.

Zu diesem Zwecke empfehlen wir Euch als unsere politische Zeitung die „Schlesischen Nachrichten“ und als volksverständlich-wissenschaftliches Bildungsmittel die von Bruno Geiser herausgegebene Halbmonatsschrift „Staat und Bürger“, welche, ebenso wie die „Schlesischen Nachrichten“, pro Exemplar 10 Pfennige kostet.

Um uns in Breslau nun von parteiischen oder von der Polizei abhängigen Lokalbesitzern unabhängig zu machen, haben wir beschlossen, die dauernde Mietung oder Gründung eines eigenen Zusammenkunftsortes zu erstreben, und hierzu wird der gesamte Reingewinn von „Staat und Bürger“ verwendet.

Damit ist es Ehrensache für jeden politisch denkenden Arbeiter und Handwerker Breslaus geworden, „Staat und Bürger“ nicht nur selbst zu abonnieren, sondern auch, soweit es nur irgend möglich ist, in seinem Bekanntenkreise zu verbreiten. Jeder lasse sich eine der zu diesem Zwecke hergestellten Abonnentenlisten geben und sammle damit überall, wohin er kommt, zahlende Leser für „Staat und Bürger“.

Die Kommission  
für die vorbereitenden Schritte zur Gründung  
eines Sozialistenheims in Breslau.

Pache, Zimmerer; Schirm, Zimmerer; Herrmann, Maurer; Reichelt, Maurer; Kattow, Maurer; Glogig, Maurer; Horn, Tischler; Schleich, Tischler; Koschmieder, Tischler; Schük, Former; Gerhardt, Former; Rudolph, Former; Fischer, Zigarrenfabrikant; Klar, Zigarrenfabrikant; Wolf, Zigarrenmacher; Tise, Zigarrenmacher; Rippin, Steinseher; Weiß, Schumachermeister; Kupka, Töpfer; Jöhnel, Kolporteur; Schröter, Bürodiener; Sperber, Fabrikarbeiter; Künzel, Fabrikarbeiter; Herrmann, Strohhutpresser; Konarsky, Schneidermeister; Meis, Schneidermeister; Zapfe, Maschinenkloster.

Zur weiteren finanziellen Durchführung des Unternehmens machte Geiser den Vorschlag, Geldsammlungen zu arrangieren. Nehmen wir an, so schreibt er im „Staat und Bürger“, nur die Hälfte der sozialdemokratischen Wähler Breslaus wäre dazu zu bewegen, wöchentlich zwei Pfennige dem Zwecke der Gründung eines Sozialistenheims zugute kommen zu lassen, so wäre innerhalb drei oder vier Monaten bestimmt die ganze Jahresmiete für ein geeignetes Lokal aufgebracht. Im August quittierte er öffentlich folgende für diesen Zweck eingegangenen Beträge: Von D. 1,50 Mark, von einem Unbekannten 1,50 Mark, von Fräulein E. L. 70 Pf., und zum 21. August rief Chr. Fischer die Kommission für das Sozialistenheim zu einer Sitzung zusammen, die im „Eisbär“ in der Hintergasse tagte.

Als „Staat und Bürger“ einging, fiel auch mit ihm dieser erste ernsthafte Anlauf zur Gründung eines eigenen Heims der Breslauer Arbeiterschaft.

## Der Anfang vom Ende des Schmachgesetzes.

Schon auf dem St. Gallener Kongreß machte Hasenclever, der damals in Dessau seinen Wohnsitz hatte, und auf dem Kongreß als Mitvorsitzender und als einer der Referenten wirkte, einen hochgradig beunruhigenden Eindruck. Einige hielten

ihn für betrunken. In Wahrheit zeigten sich bei ihm schon Spuren eines geistigen Leidens. Im November 1887 wurde er in Dessau von einem Nervenleiden befallen und in eine Anstalt überführt. Es hieß, zerrüttete Vermögensverhältnisse wären die Ursache seiner Krankheit. Der Zustand Hasenclevers wurde immer hoffnungsloser, zumal er an Größenwahn litt. Die Sozialdemokratie forderte zu einer Geldsammlung auf, damit er in einer regulären Anstalt untergebracht werden konnte. Diese Anregung fiel auf günstigen Boden und eine stattliche Summe wurde aufgebracht, ein schönes Zeichen von der Opferfreudigkeit der Partei. Im Januar 1888 wurde das Entmündigungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Er wurde in dem Maison de santé in Schöneberg bei Berlin interniert und lebte dort im Zustande völliger geistiger Annachtung. Auch für die Seinen brachte die Partei eine hohe Summe auf, so daß die Frau in Berlin ein Zigarrengeschäft eröffnen konnte. Im Juni legten Hasenclevers Vormünder das Mandat im 6. Berliner Reichstagswahlkreise für ihn nieder. Liebknecht wurde aufgestellt und in der Nachwahl gewählt. Sichtlich siechte Hasenclever dahin; als ihn einst sozialdemokratische Abgeordnete besuchten, fanden sie ihn abgemagert und ergraut, seinen sonst so hellen Blick erloschen. Er erkannte sie anfangs, verfiel dann aber wieder in seine Phantasien und identifizierte sich mit Helden und Dichtern des Altertums. Seine Frau durfte ihn oft besuchen. Im allgemeinen bewegte er sich in freundlichen Phantasiegebilden, hatte aber auch Anfälle von Verfolgungswahn. Zuletzt gesellte sich zu der Gehirnkrankheit Nierenleiden und Wasserfucht und beschleunigte die Auflösung. Am 3. Juli 1889, abends 8½ Uhr, endete das klägliche Vegetieren. Der Frau erzählten die Aerzte, er habe ein sanftes Hinscheiden gehabt, doch ist nicht unwahrscheinlich, daß er einem Ersticken anfallte erlag. Sein Begräbnis am Sonntag, den 7. Juli, auf dem Friedhofe der Freien Gemeinde an der Pappelallee in Berlin gestaltete sich zu einer gewaltigen Demonstration. In ihm verlor die Breslauer Sozialdemokratie einen ihrer bewährtesten Freunde. Ein prächtiger Kranz wurde dem Verstorbenen von seinen Breslauer Parteifreunden gewidmet. Diese hatten Hermann Winkler, Wilhelm Kalupke und Schleich nach Berlin delegiert, die dort von ihren früheren Breslauer Mitkämpfern Gustav Lübcke und Hermann Laske in Empfang genommen wurden.

Hasenclever war eine „sentimentale Eiche“, wie Heinrich Heine die Westfalen so treffend charakterisierte. Er hatte das Gymnasium zu Arnsberg besucht und war dann Lohgerber geworden. Während der Konfliktzeit in Preußen redigierte er ein kleines fortschrittliches Blättchen in Halver. Durch das Auftreten Lassalles wurde er für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gewonnen, dessen Präsident er 1871 nach dem Rücktritt des Herrn v. Schweitzer wurde. Dadurch und durch seine Gabe, echt volks-

tümlisch zu sprechen, wurde er sehr populär. Er blieb immer Lassalleaner, woraus sich manche Gegenätze in der Redaktion des „Vorwärts“ zu Leipzig ergaben, die er mit Wilhelm Liebknecht zusammen führte. Er war ein prächtiger Gesellschafter von goldenem Humor; auch hatte er eine poetische Ader und nahm einige ganz nette lyrische Anläufe. Hasenclever war bei seinem traurigen Ende kaum 50 Jahre alt.

Die Bau- und Fabrikarbeiter in Sagan wollten einen Fachverein gründen und wandten sich an Maxara wegen eines Referenten. Dieser gab Geiser den Brief, der Schück mit dem Referat beauftragte. Die Behörde leitete darauf ein Strafverfahren gegen Maxara ein, der Vorstandsmitglied des Vereins zur Erzielung volkstümlicher Wahlen war. Dieser politische Verein sollte mit dem „politischen“ Verein in Sagan in Verbindung getreten sein, man nahm ein Vergehen gegen den § 8 des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 als vorliegend an. Maxara machte geltend, daß als er den Brief erhielt, der Saganer Verein noch gar nicht existiert hätte, er sei erst durch Schück gegründet worden. Auch hätten sich die Saganer Arbeiter nicht an ihn gewandt, weil er Kassierer des Wahlvereins war, sondern weil sie seine Adresse kannten als Verleger der „Schlesischen Nachrichten“. Daraufhin mußte der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst die Freisprechung beantragen und das Gericht beschloß dementsprechend.

Der von dem St. Galler Kongreß gewünschte Internationale Arbeiter-Kongreß wurde in der Zeit vom 14. bis 20. Juli 1889 im „Saale Petrelle“ in Paris abgehalten. Unter den 81 Delegierten, die die deutsche Arbeiterschaft vertraten, befand sich Oskar Schück als Vertreter Breslaus. In langwierigen Verhandlungen mit den englischen Trade Unions und den französischen Possibilisten hatte sich die deutsche Parteileitung bemüht, diesen Kongreß zusammenzubringen, der diesen Namen wirklich verdiente, der von den sozialistischen Parteien aller Länder geladen, in der Prüfung der Mandate und der Festsetzung der Tagesordnung souverän war. 395 Teilnehmer hatten sich eingefunden. Von den Kongressen der alten Internationale unterschied sich dieser Kongreß wie die Mobilmachung eines großen Heeres von den vorbereitenden Arbeiten des Generalstabs. Auf den Wegen, die einst in Genf, Lausanne, Brüssel und Basel abgesteckt worden waren, strömten jetzt die Arbeitermassen der verschiedenen Länder dem gemeinsamen Ziele entgegen. Der Pariser Kongreß proklamierte die absolute Notwendigkeit einer wirksamen, auf den Achtstundentag begründeten Arbeiterschutzgesetzgebung überall, wo die kapitalistische Produktionsweise herrschte, und forderte die Arbeiter aller Länder auf, in diesem Sinne auf ihre Regierungen zu wirken, sie insbesondere zur Beschickung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu veranlassen, die im

Mai 1890 von der Schweiz angeregt war. Der Kongreß erklärte weiter, es sei die Pflicht der Arbeiter, die Arbeiterinnen in ihre Reihen aufzunehmen; er forderte für die Arbeiter beider Geschlechter und ohne Unterschied der Nationalität gleiche Löhne für gleiche Arbeit, sowie unbeschränktes, vollkommen freies Koalitions- und Vereinsrecht. Endlich beschloß der Kongreß, daß jährlich am 1. Mai eine allgemeine Kundgebung des internationalen Proletariats für den Achttudentag stattfinden solle.

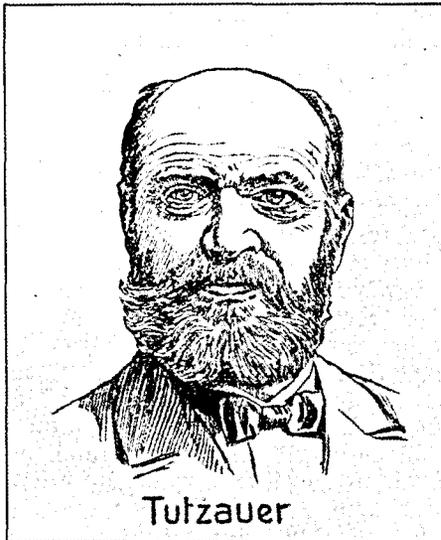
Den Bericht über die Verhandlungen des Pariser Kongresses erstattete Schüß in einer Versammlung, die in der zweiten Hälfte des August stattfand. Er hob hervor, der Kongreß habe gezeigt, daß die Arbeiter aller Länder entschlossen seien, dem kapitalistischen Ausbeutungssystem endlich ein Ende zu bereiten. Die Genossen erklärten sich mit den Beschlüssen des Kongresses und der Haltung ihres Vertreters einverstanden. In dieser Versammlung hielt auch August Kühn einen Vortrag.

Wie bereits gemeldet, hatten sich die Genossen in Brieg der Delegation von Oskar Schüß zum Pariser Kongreß angeschlossen und Gelder für diesen Zweck gesammelt. Nun wollten sie auch eine Berichterstattungs-Versammlung haben. In der Pflaumenstadt arbeitete vorübergehend der Former Balduin Gerhardt, der in Breslau und Schweidnitz gemafregelt worden war und dann in der Fabrik von Güttler & Co. in Brieg Beschäftigung gefunden hatte. Er wurde beauftragt, ein Lokal für diese Versammlung zu besorgen. Dies war leichter gesagt, als durchgeführt; doch es gelang ihm schließlich, die Zusage des Wirtes der „Hohen Pforte“, Ohlauer Straße, zu erhalten. Als er die Versammlung polizeilich anmeldete, erhielt Gerhardt den Bescheid, daß sie auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes nicht genehmigt werde. Die Brieger Polizei übte dabei eine besondere Niederträchtigkeit aus, indem sie diesen Bescheid nicht Gerhardt direkt zustellte, sondern ihn seinem Arbeitgeber in einem offenen Umschlage überreichen ließ. Die Folge davon war die erneute Mafregelung Gerhardts.

Vor seiner Abreise aus Brieg wollte er aber noch das Stattfinden der Versammlung ermöglichen. War für sie kein Lokal zu haben, mußte es auf eine andere Art gemacht werden. Die Genossen mieteten vier große Kähne, die voll besetzt wurden und fuhren nach der anderen Seite der Oder nach „Abrahams Garten“. Dort sprach Schüß. Die Polizei erschien erst in Stärke von drei Mann, als die Genossen bereits wieder auf der Rückfahrt die Oder passierten.

Zu den Fragen, die nach dem Kongreß am eifrigsten erörtert wurden, gehörte die wegen der Feier des 1. Mai. In einigen Gegenden, wie in Breslau, beschloß die Sozialdemokratie, an diesem Tage solle die Arbeit unbedingt eingestellt werden. Damit hoffte man den achttündigen Normalarbeitstag zu erzwingen.

Bald aber tauchten große und berechtigte Bedenken auf, ob dies zu ermöglichen wäre und ob nicht ein solcher Versuch auf einen bedeutungslosen Putzsch und eine große Blamage der Partei hinauslaufen werde. Dazu war durch die Ablehnung des Sozialistengesetzes die Lage in Deutschland sehr verändert. So erschien es das Geratenste, von einer allgemeinen Arbeitseinstellung abzugehen und nur eine Volksfeier zu veranstalten. Freilich erregte dies auch vielfach Unwillen, namentlich bei den radikal gesonnenen „Jungen“, unter denen sich namentlich in Berlin sehr häufig anarchistische Elemente zeigten.



Tulzauer

Die Lokalabtreibungen, die fortwährend dem Volksbildungsinstitut zuteil wurden, veranlaßten schließlich Geiser zu der folgenden Beschwerde an den Polizeipräsidenten:

„Am 15. August hatte Unterzeichneter mit dem Herrn Brauereipächter Dreyer, Herrenstraße, „Zum blauen Schiff“, mündlich in Gegenwart von mehreren Zeugen einen Vertrag geschlossen, welcher dem von ihm geleiteten Volksbildungs-Institut die Benutzung des zu den Dreyerschen Ausschanklokalen gehörigen Separatzimmers verbürgte. Am 18. August ließ mir Herr Dreyer jedoch mitteilen, daß er den Vertrag zu brechen gezwungen sei, nachdem ihn der Herr Polizeikommissarius Sommer mit großen Unannehmlichkeiten bedroht habe, für den Fall, daß er den Vertrag hielte. Unterzeichneter erhebt deshalb gegen den Herrn Polizeikommissarius Sommer Beschwerde und erucht, das Königl. Polizei-Präsidium wolle veranlassen, daß genannter Kommissar

seine offenbar unberechtigten Drohungen Herrn Dreyer gegenüber zurüchtnimmt und diesen dazu bewegt, seinen mit Unterzeichnetem geschlossenen und ganz allein durch die unbefugte Einmischung des Herrn Kommissarius gestörten Vertrag zu erfüllen.“

Der Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen hatte auch zu seinen Mitgliederversammlungen den Vertretern der bürgerlichen Presse Zutritt gewährt. Als Schütz über die Verhandlungen des Pariser Kongresses berichtete, erschienen später in einigen Blättern Glossen über seine Ausführungen, von denen eine sogar Bebel zu einer öffentlichen Erklärung veranlaßte. Der Verein beschloß daher, die Berichterstatter von der Teilnahme auszuschließen. Auch fürchtete man, daß einzelne Mitglieder ihre Arbeit verlieren könnten, wenn ihre Namen in den Zeitungen genannt würden. In dieser Versammlung beschäftigte man sich auch mit der nächsten Reichstagswahl im Breslauer Ostkreise. Es wurden als Kandidaten genannt: Tischlermeister Franz Tuzauer in Berlin und der Breslauer Zigarrenfabrikant Christian Fischer.

Tuzauer\*) sollte am 15. September in einer Volksversammlung in „Neu-Holland“ am Weidendamm referieren. An seiner Stelle erschien Th. Meßner\*\*), Berlin. Als dieser sagte: „Das Zentrum verweise auf die jenseitige Glückseligkeit, aber auch seine Anhänger seien bereits vom Hunger gezwungen worden, schon auf Erden für höhere Löhne durch Streiks einzutreten. Wie sind sie belohnt worden? Mit blauen Bohnen hat man sie gefüttert!“, erhob sich der überwachende Polizeikommissar und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Aus allen Teilen des Saales erschollen die lautesten Proteste gegen die Auflösung, die sich schließlich zu einem minutenlangen Geschrei und stürmischen Hochrufen auf die Sozialdemokratie verdichteten. Soweit die Restaurationsräume sie zu fassen vermochten, begaben sich die Versammlungsbesucher nach dort, bis sie von einem großen Polizeiaufgebot vertrieben wurden. Am darauffolgenden Sonntag fand als Ersatz der aufgelösten eine neue Volksversammlung in „Neu-Holland“ statt, in der Geiser und August Kühn referierten. Diese Versammlung konnte ohne ein behördliches Eingreifen zu Ende geführt werden.

Sie sollte die letzte Versammlung sein, die der Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen veranstaltete; denn Ende Sep-

---

\*) Franz August Adolf Tuzauer, Tischlermeister und Stadtverordneter in Berlin, geboren am 10. März 1852 daselbst. Gründete mehrere Fachvereine der Tischler, die mehr Aufklärungsvereine sein wollten. Fleißiger Versammlungsredner; später Redakteur am „Vorwärts“.

\*\*) Theodor Meßner, Schuhmacher, Berlin, geboren am 30. März 1830. Einer der ersten Berliner Anhänger Lassalles, der schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts agitatorisch tätig war. 1865 war er bereits Bevollmächtigter der Berliner Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Gestorben am 20. August 1902.

tember wurde er polizeilich aufgelöst. Als Grund wurden die in letzter Zeit gehaltenen Vorträge angegeben. Auch die Vereinskasse wurde beschlagnahmt, dabei sollte es sich herausgestellt haben, daß die Buchführung des Kassierers Maxara nicht stimme. Letzterer bestritt in einer öffentlichen Erklärung diesen Vorwurf. Zu der Auflösung des Vereins schrieben die „Schlesischen Nachrichten“: „Die schlesische Sozialdemokratie und Arbeiterschaft aber ist mit sich über die Gegenleistung einig: Sie wird bei den nahenden Reichstagswahlen eine durchaus gefechliche Antwort in der Anzahl ihrer Stimmzettel geben, die für Schlesien noch nicht erlebt worden ist.“

Schon am 27. Oktober wurde in einer Versammlung beschlossen, einen neuen Verein, und zwar einen Allgemeinen Arbeiterverein zu bilden. Zur Ausführung dieses Beschlusses wurde eine aus Paul Thiel, Otto Haude und Gustav Tize bestehende Kommission gewählt.

Die ewigen Lokalabtreibereien und die Verhängung des Militärbonkotts über Lokalitäten, die der Arbeiterschaft zur Interessenvertretung zur Verfügung standen, veranlaßten die Genossen zu Gegenmaßnahmen. In der letztgenannten Versammlung forderte Kasubski zur Bildung eines Komitees auf, welches gegen die Lokalinhaber vorgehen sollte, die der Sozialdemokratie ihre Säle verweigern. Es wurde nach kurzer Debatte die Bildung einer solchen Kommission beschlossen und in dieselbe Winkler, Hanke, Wolf, Sturm und Heisig gewählt. Schon nach kurzer Zeit konnte diese Lokalkommission melden, daß der Besitzer des „Seelöwen“ in der Uferstraße, um mit der Polizei nicht Unannehmlichkeiten zu haben, seinen Saal für Arbeiterversammlungen verweigere. Die Kommission erklärte dazu: „Schön, dann mag künftig der biedere Seelöwenwirt seinen Korn und sein Bier ohne die Breslauer Arbeiter bewältigen, seine Würstel mag er mit seiner Familie verzehren und in seinem Saale mag er darauf Solotänze aufführen. Wohl bekomms!“ Die Brauerei Gebrüder Rösler teilte der Lokalkommission mit, daß sie keiner politischen Partei ihren Saal verweigere, man müsse sich aber wegen der Benutzung vorher mit ihr in Verbindung setzen. Kurz darauf tagte eine Versammlung der Breslauer Saalbesitzer im „Stadthauskeller“, die beschloß, in der bevorstehenden Wahlkampagne ihre Säle für sozialdemokratische Wählerversammlungen nicht zu vermieten.

Geiser hatte die Absicht, in einigen größeren Lokalen wissenschaftliche Vorträge zu halten. So sollte ein solcher über „Die Entwicklung der Weltkörper und die Entstehung des Lebens auf der Erde“ am Abend des 19. November in dem früher Pietzschschen Lokale in der Gartenstraße abgehalten werden. Die Eintrittskarten waren bereits verkauft. Im Laufe des Tages hatte aber bereits der Schuhmacher Wilhelm Kaiser, welcher als

Mieter des Saales aufgetreten war, von dem Wirt W a n z e k schriftlich den Bescheid erhalten, daß er den Saal nicht erhalten könne. Abends fanden sich die Besucher in großer Anzahl ein, doch blieb ihnen der Saal verschlossen. In und vor dem Lokal befanden sich Polizeimannschaften. Als Herr W a n z e k auch auf die Vorhaltung, man werde ihn für die entstandenen Kosten regreßpflichtig machen, bei der Verweigerung des Lokales beharrte, zog ein großer Teil der Gäste auf Geisers Anweisung nach dem „Stadthauskeller“, wohin ihnen der mit der Ueberwachung beauftragte Polizeikommissar N e u m a n n folgte. Es wurden jedoch



Mitgliedskarte des Breslauer Freidenkerbundes.

keine Reden gehalten; nur Frau I d a K a i s e r verbreitete eine Einladung, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die Unterzeichneten beabsichtigen, eine Freidenkergemeinde zu gründen, welche — fußend auf der vorurteilslosen Wissenschaft unserer Zeit — die Geistes- und Gemütsbildung, die Pflege des Schönheitsgutes und der Sittlichkeit sich zur Aufgabe stellen soll. Echte Humanität, wahrer Brudersinn, geläutertes Rechtsgefühl ist unser Ziel. Ob jemand einer der herrschenden Religionsgemeinschaften angehört oder nicht, ist völlig gleichgültig.

Wir bitten um zahlreiche Beitrittserklärungen von Seiten Gleichgesinnter. Insbesondere wollen wir auch die Frauenwelt für unsere Bestrebungen gewinnen und einer Anerkennung des Weibes als der in jeder Beziehung gleichberechtigten Genossin des Mannes die Wege ebnen helfen.

Wer mit uns einverstanden ist, wolle seinen Namen und die seiner gleichfalls zum Eintritt geneigten Freunde bei den Unterzeichneten anmelden.

Bruno Ansjorge, Louis Cohn, K. Finke, Christian Fischer, Bruno Geiser, Carl Klar, Roschmieder, J. Lichtenstein, K. Palahky, E. Pohl, Heinr. Räder, Robert Weiß.

Am demselben Abend zeichneten sich noch mehr als 150 Personen auf den Anmeldebüchern ein und war damit der Boden zur Gründung eines Freidenkertvereins geschaffen. Anfang 1890 fand die Konstituierung des Vereins statt, auch wurde der aus folgenden Personen bestehende Vorstand gewählt: Geiser wurde Vorsitzender und Louis Cohn sein Stellvertreter; Schriftführer wurden Kaufmann Raniß und Tischler Palahky, während Christian Fischer die Kassenverwaltung übernahm. Dem Vorstand stand als Beirat und Kontrollbehörde ein aus 24 Mitgliedern bestehendes Bundes-Kollegium zur Seite, dessen Vorsitzender der Ingenieur Frobein war. Im Statut wurde als die Aufgabe des Bundes bezeichnet, die Verbreitung einer auf den Errungenschaften unserer heutigen Naturwissenschaften aufgebauten Welt- und Lebensanschauung, welche Hand in Hand gehen soll mit strenger Gerechtigkeitsliebe, edelsinniger Sittlichkeit und geläutertem Schönheitsgefühl. Der Bund verbürgt seinen Mitgliedern vollkommene Freiheit des Denkens, Urteilens und Handelns. Er suchte seine Aufgabe zu erfüllen durch Abhaltung von Vorträgen, welche naturwissenschaftliche und sittliche Themata behandeln, durch Pflege der Geselligkeit und durch Verbreitung von Schriften, welche im Sinne des Freidenkertums geschrieben sind. Mitglied des Bundes konnte jede männliche oder weibliche Person werden, welche das 18. Lebensjahr überschritten hatte. Der wöchentliche Beitrag betrug 5 Pf.

Besonders eifrig bestrebt war auch Geiser, die Frauenbewegung zu propagieren, er versuchte in Wort und Schrift jeder denkenden und nach Erkenntnis und praktischem Wissen strebenden Frau die nötige Aufklärung zu bieten. Unterstützt wurde er in diesen Bestrebungen von seiner Frau Alice, geborene Liebknecht, und Frau Ida Kaiser.\*)

## **Bruno Geiser** **über die Breslauer Arbeiterbewegung.**

Ueber die Breslauer Bewegung schrieb Geiser Ende 1889 in einem Artikel: „Die Arbeitermassen in Breslau, die Massen der arbeitenden Volksmehrheit sind jederzeit bereit, ihre Schuldig-

---

\*) Als die Genossin Kaiser am 14. September 1911 starb, kam es bei der Beerdigung zu scharfen Auftritten mit der Polizei, die die roten Kranzschleifen entfernte.

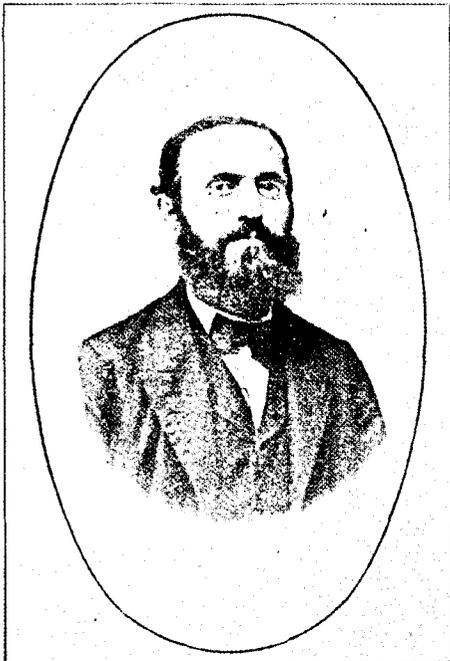
keit zu tun, aber, und damit berühren wir das, was der wunde Punkt am Leibe der Breslauer Arbeiterbewegung fast während des ganzen letzten Jahrzehnts war, es fehlte an den Unteroffizieren und Offizieren des Proletarierheeres, die frei und kühn als Vertreter der Volksüberzeugung und der Arbeiterinteressen vor der Öffentlichkeit ausharrten und wirkten. Wie kam es nun, daß die Zahl derer, welche die Partei zu öffentlichen Lebens- und Kraftäußerungen anzuspornen für Pflicht hielten, gering, fast verschwindend gering war?

Nun, zunächst hatte die Breslauer Sozialdemokratie Unglück genug gehabt, einer von denen, welchen die Aufrüttelung und Vereinigung der Breslauer Proletariermassen als Verdienst zuzurechnen ist und der mehrere Jahre lang den meisten Einfluß auf dieselbe besaß — *Reinders* — rieb sich früh körperlich auf und starb in der Blüte seiner Jahre. *Kräder*, der neben *Reinders* seither der bekannteste und angesehenste Arbeiter in Breslau war, wurde in seiner Kraft und Wirkungsfreude durch Not und Verfolgungen viel früher noch zu Tode ermüdet und geistig gebrochen, als körperlich umgebracht. Gleichzeitig hatte das Sozialistengesetz im Verein mit polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen weite Parteikreise und vor allem natürlich die, welche die Rolle lokaler Führer übernommen hatten, geschädigt und eingeschüchtert, sowie vor allem die Meinung wachgerufen und schließlich bei vielen zur fast unerschütterlichen Ueberzeugung gefestigt, daß in Breslau eine öffentliche Wirksamkeit im Sinne der Sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht möglich sei.

„Komm' nur nach Breslau“, sagte *Kräder* eines Tages im Reichstage zu dem Schreiber dieser Zeilen (zu *Geiser*), „da wirst Du schon sehen, daß bei uns gar nichts zu machen ist; wenn wir uns nur rühren, ist die Polizei da; wir können jeden Augenblick darauf gefaßt sein, in Untersuchungshaft gesperrt und zu jahrelangem Gefängnis verurteilt zu werden.“ Wir wollen aber doch alles für die Partei tun, was gesetzlich nicht verboten ist. Und gesetzlich verboten, insbesondere sozialistengesetzlich unter Strafe gestellt, ist ja doch nur, was unsere Partei in Deutschland im großen und ganzen überhaupt nicht tut und zu tun braucht, gesetzlich unangreifbar ist aber doch alles, was wir als Vertreter des arbeitenden Volkes wollen, die Massen über ihre Interessen aufklären, ihnen und dem Staate die Wege zeigen und bahnen helfen, die, wenn man sie mit eifrigem Willen und unter Aufbietung aller Kräfte beschreitet, zur friedlichen Lösung der sozialen Frage, sowie zur Beschleunigung und Erleichterung des Kulturfortschritts der Menschheit führen kann. Es ist ganz egal, was wir tun, für uns Sozialdemokraten in Breslau gilt der Satz: Es hilft alles nichts, der Jude wird verbrannt!

In dieser Ueberzeugung, zu deren Bestärkung hochobrigkeitliche Maßnahmen das Menschenmögliche beigetragen haben — man

denke nur an das Verfahren gegen die Krädersche Druckerei! — in dieser Ueberzeugung beschränkten die Vertreter der Partei in Breslau ihre politische Wirksamkeit während der letzten Zeit auf das tunlich geringste Maß, und sie glaubten selbst diejenige Parteitätigkeit möglichst heimlich verrichten zu müssen, die ihnen die Polizei absolut nicht hätte verwehren dürfen, ohne sich selbst schwerer und sie in der öffentlichen Achtung herabsetzender Gesetzesverletzungen schuldig zu machen. All das heimliche Tun, von dem



Theodor Mezner.

hier die Rede ist, war ebenso geringfügig wie unschuldig, von einer auch nur einigermaßen zureichenden Ursache zu gerichtlicher Strafverfolgung wäre bei unparteiischer, vorurteilsloser Prüfung zweifelsohne auch nicht die Spur zu entdecken gewesen, aber gerade die sorglich gewährte Heimlichkeit hielt den Verdacht von Polizei und Staatsanwalt wach.

Wenn Breslauer Sozialdemokraten Neigung empfanden, mit einander oder gelegentlich auch mit Freunden von auswärts spazieren zu gehen, warum sollten sie es auch nicht, es wäre eine

total unbegründete Rechtsverletzung, ja sogar eine schmachvolle Brutalität gewesen, wenn sich behördliche Organe angemäht hätten, das zu verhindern. Um nun unberechtigtem Verdachte keine Nahrung zu geben, hätte man am besten getan, so frei und öffentlich als nur möglich zusammenzukommen und zusammen auszugehen, statt dessen zischelten sich gerade die Meistbeobachteten die Kunde von dem harmlosen Spaziergange oder harmlosen Stelldichein beim Glase Bier leise und vorsichtig ins Ohr, Polizeiorgane haben gute Ohren, wenn auch schlechte Vertrauensmänner und sie sind ungeheuer scharfsinnig und phantastisch, daß sie nicht nur sozialistische und kommunistische, auf Umsturz gerichtete Bestrebungen entdecken, wo sie im winzigsten Keime vorhanden sind, sondern auch da, wo sie im winzigsten Keime vorhanden sein könnten, in Wirklichkeit aber nicht sind. Wenn sie die Gesetze nicht verletzen wollten, so brauchten sie doch nicht so Versteckens zu spielen, sagt die Polizei, und damit hat sie gar nicht so Unrecht; in der weiteren Entwicklung des Gedankenganges, der da lautet: wir müssen also unter allen Umständen Gesetzesverletzungen entdecken oder verhindern, schießen die eifrigen Herren dagegen fast immer weit über das Ziel hinaus.

Die Sozialdemokraten hätten nun alles anwenden sollen, um der Polizei und, was noch weit wichtiger ist, der Öffentlichkeit zu beweisen und immer wieder zu beweisen, daß sie den schmalen und für sie durch das Sozialistengesetz dornenvoll ausgestatteten Pfad der gesetzlichen Parteilichkeit innezuhalten gewillt und fähig sind. Freilich wurde ihnen auch das aufs äußerste erschwert. Ihren Zeitungen und sonstigen Preßunternehmungen drohte das Verbot, ihren Versammlungen ebenfalls, die nicht verbotenen Versammlungen wurden ihnen durch schändliche Lokalabtreiberien unmöglich gemacht, diejenigen unter ihnen, die sie öffentlich als Versammlungseinberufer und -Leiter, als Redner, Wahlkomiteemitglieder, Flugblätterverteiler usw. vertraten, wurden polizeilich belästigt und gewerblich gemahregelt. Die sozialdemokratische Ueberzeugung war allerdings damit nicht auszurotten, aber ihre öffentliche Betätigung wurde auch den Ueberzeugungstreuesten gründlich verleidet.

Trotzdem und alledem mußte sich, das verlangte das Interesse und die Ehre der Partei, eine beträchtliche Anzahl, ein paar hundert wenigstens von den 20 000 in Breslau, vor der Öffentlichkeit und in deren hellstem Lichte als Vertreter der demokratisch-sozialistischen Anschauungen behaupten. Der einzelne kann und soll sich unter Umständen, zum Beispiel wenn er anders seine und seiner Familie Existenz nicht zu sichern vermag, in den Schatten des Privatlebens zurückziehen; Verschwörer, Anarchisten und Konsorten gehören hinter verschlossene Türen, eine politische Partei jedoch kann nur von der Bildfläche des öffentlichen Lebens verschwinden, wenn sie zugrunde geht, sonst muß sie immer von

neuem mitten ins öffentliche Leben treten, mögen ihre Mitglieder wollen oder nicht. Die Breslauer Sozialdemokraten haben das in der letzten Zeit auch eingesehen; sie besitzen eine die demokratisch-sozialistische Grundsätze ganz unverhohlen vertretende Presse und haben dieselbe in leidlich befriedigender Weise verbreitet; sie haben einen Wahlverein gegründet, haben trotz aller Lokalnöte Versammlungen abgehalten, haben einen Delegierten nach Paris geschickt und die dazu nötigen, gar nicht unerheblichen Mittel sind ganz von selbst herbeigeslossen, wer eine Spur von Urteil über politisches Leben und Wirken hat, muß sich sagen: die Breslauer Sozialdemokraten brauchen nur Größeres zu wollen, um Bedeutendes zu leisten.“

## Der leidige Bruderzwist.

Wie allgemein geklagt wurde, sollte Geiser die „Schlesischen Nachrichten“ nicht zur Zufriedenheit der Breslauer Parteigenossen redigiert haben, auch überwarf er sich mit dem Verleger Maxara. Das Breslauer Parteiblatt bedurfte sehr eines tüchtigen Redakteurs und die Partei eines befähigten und energischen Leiters. Daher kündigte man Geiser und berief Friß Kunert aus Berlin nach Breslau. Dieser, ein gemäßigter Lehrer, war in Berlin Stadtverordneter gewesen. Im September 1888 wurde in den dortigen städtischen Kollegien über einen Antrag auf Einrichtung einer Kaiser-Friedrich-Stiftung zu wohltätigen Zwecken beraten. Kunert hielt dazu eine stark polemische Rede und empfahl, den Namen der Stiftung zu ändern und an Stelle Kaiser Friedrichs Ferdinand Lassalle zu setzen. Er war bereits einmal in Breslau gewesen, als er im Auftrage der Genossen Groß-Berlins bei der Beerdigung Max Kautskys eine Kranzspende auf dessen Grabe niederlegte. Bei diesem, seinem ersten hiesigen Aufenthalte, hatte er sofort Gelegenheit, die Breslauer Polizei kennen zu lernen. Kaum war er in seinem Hotelzimmer angelangt, so wurde schon eine Haussuchung bei ihm vorgenommen, bei der aber nichts gefunden wurde. Als er dann nach Breslau übersiedelte und die Redaktion der „Schlesischen Nachrichten“ übernahm, wurden ihm Haussuchungen und Bespitzelungen bald eine bekannte Erscheinung. Auch wurde er zweimal verhaftet; einmal in der stillen Arbeitsstube seiner Wohnung in der Gräbischener Straße, das andere Mal auf einer der Oberbrücken von dem Arme seiner jungen Frau\*) fort.

\*) Frau Marie Kunert, geboren den 20. Mai 1871 zu Berlin, besuchte bessere Schulen und das Lehrerinnen-Seminar in Berlin. Seit 1889 übt sie eine schriftstellerische, journalistische und redaktionelle Tätigkeit für die sozialistische Presse aus. Uebersetzerin aus dem Französischen und Englischen. Sozialdemokratische Abgeordnete im preußischen Landtag seit 1921.

Zu Kunerts Uebersiedelung bemerkte die „Breslauer Morgenzeitung“:

„Hiesige Blätter wissen zu melden, daß der bekannte Lehrer Kunert nach Breslau übersiedle, um die Redaktion der „Schlesischen Nachrichten“ zu übernehmen. Kunert habe deshalb schon sein Berliner Stadtverordneten-Mandat niedergelegt. Der bisherige Redakteur Bruno Geiser ist der einzige, der diese Nachricht bisher ignoriert hat, weil er seinerzeit mit dem Verleger der „Schlesischen Nachrichten“ einen rechtsgültigen Kontrakt abgeschlossen hat, wonach ihm niemals gekündigt werden kann. Geiser ist durchaus nicht gewillt, Herrn Kunert zuliebe seine kontraktlichen Rechte aufzugeben, und da die hiesige Arbeiterschaft den Redaktionswechsel auch nicht mit besonderer Begeisterung aufgenommen hat, so dürfte Herr Kunert sich bald enttäuscht fühlen.“

Zu dieser Anzäpfung schrieb der Verleger Maxara: „Es ist zwischen dem Schriftsteller Geiser und mir als Verleger der „Schlesischen Nachrichten“ weder mündlich noch schriftlich ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach Herrn Geiser überhaupt niemals gekündigt werden dürfte. Das ist eine ausgewachsene Ente. Hingegen ist die hiesige Arbeiterschaft mit mir vollständig darin einig, daß Herr Geiser von der Redaktion zurückzutreten hat und daß Herr Fritz Kunert aus Berlin mit dem 12. Oktober bestimmt die Leitung der redaktionellen Arbeiten übernimmt.“

— Dazu schrieb Geiser: „Der Schneider Maxara hat eine Erklärung veröffentlicht, die unwahre Angaben enthält. Soweit dieselben mich angehen, muß ich bemerken, daß zwischen mir und ihm in der Tat ein rechtsgültiger Vertrag besteht, der es völlig in mein Belieben stellt, ob ich leitender Redakteur der „Schlesischen Nachrichten“ bleiben will oder nicht.“ — Die „Breslauer Morgenzeitung“ schrieb, als sie diese Polemik abschloß: „Daß in der Breslauer Sozialdemokratie der Parteifriede längst zu Grabe getragen wurde, ist stadtbekannt, und es ist nicht unmöglich, ja sogar wahrscheinlich, daß der Eintritt des Mannes der schärferen Tonart, des Herrn Kunert, in die Redaktion, diesen nun schon durch Jahre hindurch andauernden Gärungsprozeß zum offenen Ausbruch bringt.“

Kunert übernahm am festgesetzten Tage sein neues Amt. Am darauffolgenden Sonntag fand nun im „Eisbär“ eine Versammlung statt, die von dem Tischler Koschmieder einberufen war. In ihr sollte Geiser über die Gründung eines Arbeiterbildungsvereins im Anschluß an das von ihm geleitete Volksbildungsinstitut sprechen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, erwartete man doch allgemein auch eine Entscheidung in dem Bruderzwiste der Richtungen Geiser und Kunert. Christian Fischeer eröffnete die Versammlung, doch kaum hatte er einige Worte gesagt, als der überwachende Polizeikommissar die Versammlung für aufgelöst erklärte, weil nicht der Einberufer Koschmieder sie eröffnet hatte. Schnell und ruhig leerte sich der Saal, doch huldigte man allgemein der Meinung, daß das Ganze eine Komödie gewesen sei, um Geiser vor einer sicheren Nieder-

lage gegen die Gegner, die in der Mehrzahl waren, zu bewahren. Geiser begründete nun in Gemeinschaft mit Maximilian Schlesinger eine zweite sozialdemokratische Zeitung, die denselben Namen: „Die Wahrheit“ führte, wie das vor Erlaß des Ausnahmegesetzes in Breslau erschienene Parteiorgan. Der Herausgeber und verantwortliche Redakteur war Chr. Fischer; Hauptredakteur war Geiser. Eine Arbeiterzeitungs-Kommission, bestehend aus dem Maurer A. Hermann, dem Schuhmacher



Christian Fischer.

W. Kaiser, dem Schuhmacher R. Weiß, dem Tischler G. Koschmieder, dem Tischler S. Palatzky, dem Strohhutpresser Ernst Reichelt und dem Tischler August Horn, garantierte dafür, daß diese Zeitung keinen Privatinteressen, sondern nur der großen Sache des arbeitenden Volkes dienen sollte. Die „Wahrheit“ war ebenfalls ein Wochenblatt, acht Seiten stark und kostete 10 Pf. pro Nummer. Ihre Expedition befand sich Abrechtstraße 49. Es war zu befürchten, daß die „Schlesischen Nachrichten“ und die „Wahrheit“ gegen einander Stellung

nehmen würden. Von der Reichstagsfraktion wurden die „Schlesischen Nachrichten“ als das rechtmäßige Parteiorgan anerkannt und sie behielten auch die Majorität der Breslauer Leser auf ihrer Seite.

In einer der ersten Nummern der „Wahrheit“ legte Geiser die Gründe klar, die ihn zu seinem Schritte veranlaßt hätten. Bei dem Zwiespalt handele es sich um den tiefgehenden Unterschied zwischen „Revolutionsgläubigen“ und „Evolutionenüberzeugten“. Er, als „Gemäßigter“, sei im Gegensatz zu denen, die in den „Schlesischen Nachrichten“ ihre offizielle Parteivertretung erblickten, überzeugt, daß die sozialdemokratischen Ideen auf dem Wege der natürlichen (nicht gewaltsamen) Entwicklung (Evolution) zum Siege gelangen würden. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Dem Verleger der „Schlesischen Nachrichten“ lagen die Revolutionshoffnungsschwangeren von Breslau und anderen Orten beständig in den Ohren — sie wiederholten ihm unaufhörlich, daß ein Redakteur, der auf das Bilden des Verstandes und Charakters der Massen das Hauptgewicht legt, für ein Arbeiterblatt nicht der rechte Mann sei, trotzdem er sein Blatt an Abonnenten unter dieser Redaktion unaufhörlich gewinnen sah — viel zu gern glaubte er das, und als er den rechten Mann nach dem Herzen der Revolutionsfrommen gefunden —, da beeilte er sich Hals über Kopf, den unbequemen, fälschlich sogenannten Gemäßigten — denn der wahre Radikalismus liegt in den Grundsätzen, nicht in der Phrase — loszuwerden. Das ist des Pudels Kern!“

In den Räumen der „Wahrheit“ war für die Mitglieder des Volksbildungsinstituts eine Lesehalle und Schreibstube eingerichtet worden, die täglich geöffnet war. Auch fanden daselbst unter der wissenschaftlichen Leitung Geisers Zusammenkünfte zu Unterrichtszwecken statt, in denen Stenographie und Französisch, Physik, deutsche Sprache, Literatur und Kunst des Vortrags, sowie allgemeine Geschäftsangelegenheiten die Lehrfächer waren. Der geschäftsführende Ausschuß bestand aus Christian Fischer, Carl Klar und Robert Weiß. Diese Bildungsbestrebungen veranlaßten ein hiesiges bürgerliches Blatt zu dem Stoßkeuzer: „Die Sozialdemokraten versuchen auf alle mögliche Art zu organisieren und Vereine zu bilden.“

Weiter ließ Geiser auch Flugblätter für Gesundheitspflege erscheinen, auch hatte er einige größere Werke geschrieben, wie „Die Ueberwindung des Krieges durch die Entwicklung des Völkerrechts“ und „Die Geschichte der neuesten Zeit“, sowie ein Lehrbuch zum Selbstunterricht der Volksstenographie.

An Preßprozessen mangelte es den „Schlesischen Nachrichten“ ebenfalls nicht. Durch ein Gedicht von Arn o H o l z, „Religion“, welches sie abdruckten, sollten sie sich der Beschimpfung der christ-

lichen Glaubenslehren schuldig gemacht haben. Der Schuhmachermeister Josef Heisig hatte diese Nummer verantwortlich gezeichnet und erhielt vier Monate Gefängnis. Zu drei Monaten Gefängnis wurde Maxara verurteilt, der einen Amtsrichter und einen gräflichen Amtsrat, beide zu Muskau, beleidigt haben sollte.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es in einer Versammlung, die Ende Oktober im „Eisbär“ unter dem Vorsteh von Schüh tagte. Ueber die sozialdemokratische Presse in Schlesien referierte K u n e r t. Nach ihm sprach A u g u s t K ü h n, der ausfuhrte, Breslau genieße die zweifelhafte Ehre, das Operationsfeld zu sein für Bestrebungen, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Die neueste Zeit hätte wieder ein solches Vorkommnis gebracht. Seit zwei Jahren beständen die „Schlesischen Nachrichten“, ein Blatt, welches nicht durch eine einzelne Person, sondern durch die gemeinsamen Bemühungen der Arbeiter emporgebracht worden sei. Nachdem nun das Blatt existenzfähig geworden, entstehe ein Streit. Daß sich Geiser, dem als Redakteur dieses Blattes gekündigt wurde, dadurch unangenehm berührt fühle, sei menschlich erklärlich. Aber er sei nicht berechtigt, deshalb einen Streit in die Sache hineinzutragen. Er leide, wie es scheine, am Gründungsfieber. Geiser habe sich niemals ganz der Partei fügen wollen, er will immer etwas Besonderes haben, weshalb auch der bekannte Beschluß auf dem Parteitage zu St. Gallen gegen ihn gefaßt wurde. Seine Leistungen seien unbedeutend und nicht befriedigend gewesen. Die „Neue Welt“ habe er zu Tode redigiert. In die Breslauer Bewegung habe nur er einen Zwiespalt hineingetragen; als Redakteur habe er stets konsequent die Verantwortlichkeit abgelehnt, aber nie die vielen Bestrafungen der verantwortlichen Redakteure verhütet. Liebfnecht habe sich von Geiser zurückgezogen, weil dieser sein Blatt Maximilian Schlesinger zur Ablagerung von dessen Produktion zur Verfügung gestellt habe. Für Schlesinger gebe es in der deutschen Arbeiterbewegung keinen Raum mehr, wenn er wiederkommen sollte. Die neue Zeitungsgründung sei nur im Interesse Geisers erfolgt.

Schneider trat lebhaft für Geiser ein. Heisig erklärte: Die Arbeiter wollten Geiser nicht als sozialdemokratischen Papst anerkennen. Von anderen Rednern wurde Geiser als ein Feigling bezeichnet, der die Verantwortlichkeit für sein Blatt nicht übernehme und sich vor Gericht feige gezeigt habe. Mit großer Majorität wurde darauf eine Resolution angenommen, welche die „Schlesischen Nachrichten“ für das offizielle Breslauer Parteiorgan erklärte.

Im Anschluß an diese Versammlung richtete Geiser einen „Offenen Brief“ an Kühn, in dem er erklärte: „Sie haben, wie mir berichtet wird, in der im „Eisbär“ stattgehabten Versamm-

lung über mich eine Anzahl von Behauptungen in die Welt geschleudert, welche von Entstellung, Unwahrheit und unverständiger Gehässigkeit strotzen. Ich fordere Sie hiermit auf, Ihre Behauptungen vor einer zu diesem Zwecke niedergelegten Kommission — die aus sechs von Ihnen und sechs von mir zu wählenden Personen bestehen kann — zu beweisen, und werde Ihnen bei dieser Gelegenheit nachweisen, zu wessen Nutzen Sie die schmählische Rolle des öffentlichen Verhetzers und Verleumders spielen.“ — Zu dieser Angelegenheit schrieb Kunert in den „Schlesischen Nachrichten“: „Wir erlauben uns demgegenüber zu sagen, daß nach demokratischer Auffassung auf eine Volksversammlung nur eine Volksversammlung antworten kann, nicht aber eine Verschleppungs-Kommission. Bei dem von Geiser beliebten Verfahren wird eine öffentliche Angelegenheit zu einer rein privaten degradiert. Damit verliert sie für uns jedes weitere Interesse, und gehen wir darüber, nachdem der Reichstagsabgeordnete Kühn sich geäußert haben wird — und eine geharnischte Antwort ist soeben eingelaufen — einfach zur Tagesordnung über.“ Kühn erklärte, daß er gar nicht erwidern und den Streit nicht öffentlich fortspinnen würde, wenn nicht Geiser seinen Brief in der gegnerischen Presse veröffentlicht hätte. Geiser hätte in der „Eisbär“-Versammlung erscheinen können. Die Berufung einer Untersuchungskommission lehne er ab, da die Partei jetzt angesichts der Reichstagswahlen Besseres zu tun habe. Hierzu bemerkte Geiser: „Wer als Verleumdungen bezeichnete Beschuldigungen nicht einmal mit dem Versuch eines Beweises stützt, gibt einfach — mag er sich drehen und winden wie er will — zu, daß seine Behauptungen nicht beweisfähig sind. Herr Kühn stützt also selbst meine gegen ihn erhobene Anschuldigung und gibt seine gegen mich ausgestoßenen Anschuldigungen preis. Mehr kann ich von ihm nicht verlangen. Daß damit übrigens die ganze Angelegenheit noch lange nicht erledigt ist, dürfte wohl jedermann für selbstverständlich halten.“

Ein schlesischer Parteitag, der hauptsächlich wegen den bevorstehenden Reichstagswahlen abgehalten wurde und auf den noch zurückgekommen wird, nahm ebenfalls zu dem Breslauer Parteizwist Stellung. Zunächst beantragte Maxara die Wahl einer Kommission, welche die Geschäftsbücher der „Schlesischen Nachrichten“ revidieren solle, damit die gehässigen Verdächtigungen aufhörten, er wolle sich aus den Einnahmen der Zeitung bereichern. Dieser Antrag fand Annahme. Weiter wurde die folgende Resolution beschlossen: „Der Parteitag schließt sich der Erklärung, welche in der öffentlichen Volksversammlung vom 27. Oktober in Breslau, im „Eisbär“ mit Bezug auf die sozialdemokratische Presse Schlesiens einstimmig beschlossen, voll und ganz an, erkennt demgemäß die „Schlesischen Nachrichten“ als alleiniges Organ der zielbewußten Arbeiterschaft an und ver-

pflichtet sich, mit aller Kraft für die immer weitere Verbreitung dieses Blattes tätig zu sein und dasselbe durch Berichte über die Arbeiterbewegung zu unterstützen.“ K ü h n rechtfertigte sein persönliches Verhalten Geiser gegenüber und erklärte u. a., daß er auf das vorgeschlagene Schiedsgericht nicht habe eingehen können, nachdem die Versammlung vom 27. Oktober gesprochen. Geiser solle es nur wagen, ihm einen Gegenkandidaten zu stellen, dann würde ihm die Partei schon zeigen, wo der Zimmermann das Loch



Fritz Kunert.

gelassen habe. Nachdem auch der Tischler P a u l K ü h n das Verhalten Geisers aufs schärfste kritisiert hatte, konstatierte K u n e r t, daß eine Spaltung der hiesigen Partei, wie gefabelt werde, nicht existiere.

Die von Geiser redigierte „Wahrheit“ führte einen schweren Kampf um ihre Existenz. Um sich zu halten, ermäßigte sie den Preis von 10 auf 5 Pfennig pro Nummer, schließlich traten noch Schwierigkeiten mit dem Drucker ein. Als sie Ende Dezember in

einer Woche gänzlich ausblieb, schrieben Chr. Fischer und Hermann Horn in der nächsten Nummer: „Der Mann, welcher in neuester Zeit die „Wahrheit“ gedruckt, hat urplötzlich, allen seinen Zusagen zuwider, den Weiterdruck verweigert. Daß wir die gute Sache des Volkes vertreten, wird für jeden Einsichtigen dadurch bewiesen, daß unseren Bestrebungen von allen Seiten die größten Schwierigkeiten bereitet werden. Wir werden aber, unerschütterlich wie bisher, ausharren und für baldigen Erfolg sorgen und rechnen auf die treue Unterstützung unserer zahlreichen Freunde, die für das in letzter Zeit so erfreuliche Anwachsen der Abonnentenzahl unseres Blattes gesorgt haben.“ Die Zeitung vermochte sich jedoch nicht zu halten und mußte schließlich ihr Erscheinen einstellen.

Desto erfreulicher entwickelten sich die „Schlesischen Nachrichten“ unter Kunerts Leitung. Als er im Oktober 1889 die Redaktion übernahm, waren nicht ganz 2000 Abonnenten, dagegen waren im März 1890 bereits 12 500 Bezieher in Schlesien zu verzeichnen. Nützlich wirkte auch Kunert dadurch, daß er eine kräftige innere Organisation ins Leben rief, die der Wurzelstock für die spätere öffentliche Parteiorganisation wurde. Die alte geheime Organisation hatte ausgedient, sie lag platt auf dem Boden und war nahezu gleich Null. Der Tischler Deponte, seine Frau und einige andere Genossen verbreiteten zwar noch den „Sozialdemokrat“ und einzelne Exemplare verbotener Broschüren, doch fehlte die schlagfertige Organisation. Die neue Breslauer Geheime blühte schnell auf und drang über Breslaus Grenzen in ganz Schlesien vor. Überall bildeten sich vor Ablauf des Sozialistengesetzes neue Kampfgruppen. Erfolgreich war auch Kunerts Wirken für Oberschlesien, wo er der erste Redner war, der die sozialdemokratischen Grundsätze und programmatischen Forderungen nach dort trug. Die erste prächtig verlaufene Versammlung hielt Kunert in Ratibor ab, wo es ihm auch später, am 12. April 1890, gelang, eine politische Organisation zu gründen. Er hatte zu diesem Zwecke die Abonnenten der „Schlesischen Nachrichten“ zu einer Arbeiterversammlung zusammenberufen. In schneller Reihenfolge fanden dann Versammlungen in Beuthen OS., Ratscher, Ziegenhals, Neustadt OS. usw. statt, wobei es gelegentlich stürmisch, um nicht zu sagen, etwas lebensgefährlich zuing.

Wenn sich auch Geiser und Kunert aus parteipolitischen Gründen öfter sehr stark befehdet hatten, beide aus dem festen Glauben heraus, für die Partei das Beste zu wollen, so reichten sie sich doch schließlich aus ehrlicher Ueberzeugung und im Parteiinteresse die Hand zur Versöhnung und verkehrten familiär miteinander. Kunert bezeichnete Geiser später für seinen intelligentesten, humorvollsten und zuverlässigsten Mitarbeiter.

## Die Reichstagswahl 1890.

Schon im September 1889 konnte die bürgerliche Presse melden, daß die schlesischen Sozialdemokraten in die Wahlagitation eingetreten seien und die Parole ausgegeben hätten: „in jedem Kreise Schlesiens, wo sich auch nur ein paar zielbewußte Anhänger der sozialdemokratischen Idee befinden, einen Kandidaten der eigenen Richtung aufzustellen, wenn auch vorläufig die Aussichten auf Erlangung einer halbwegs nennenswerten Stimmenzahl noch so gering erscheinen.“ Deshalb fanden in den Städten, wo, wie zum Beispiel in Breslau, Liegnitz, Görlitz, Hirschberg, sozialdemokratische Vereine zur Erziehung volkstümlicher Wahlen existierten, Versammlungen zur Erörterung der Kandidatenfrage statt. Sozialdemokratische Versammlungen tagten jetzt überall häufiger, da das Sozialistengesetz nur noch sehr gelinde gehandhabt wurde. Es war deutlich zu erkennen, daß Regierung und Parteien seine Nutzlosigkeit eingesehen und es satt bekommen hatten. Im Gegensatz zur Ersatzwahl von 1889 hatten auch die Breslauer Sozialdemokraten diesmal mehr Bewegungsfreiheit.

Am 20. Oktober sollte eine Versammlung im „Eisbär“ stattfinden, in der über die Kandidaturen im Ost- und Westkreise endgültig beschlossen werden sollte. T u k a u e r war als Redner vorgesehen. Diese Versammlung wurde polizeilich verboten. Doch schon eine Woche später tagte eine neue Versammlung, in der für Breslau-West wieder August Kühn aus Langenbielau und für Breslau-Ost Stadtverordneter Franz T u k a u e r aus Berlin als Kandidaten aufgestellt wurden. Die bürgerliche Presse bemerkte triumphierend, daß der offene Krieg zwischen Geißer und Kühn von bedeutsamen Einflüsse auf den Verlauf der Wahl im Westkreise sein werde. Voraussichtlich würde Kühn noch ein sozialistischer Kandidat gegenübergestellt werden. Das „Berliner Tageblatt“ meinte, aus diesem Streite erwachse für die bürgerlichen Parteien die Möglichkeit, der Sozialdemokratie das eine von ihr besessene Breslauer Mandat, das sie nur in der Stichwahl behaupten konnte, zu entreißen. Mit diesen Hoffnungen rechnete K u n e r t in den „Schlesischen Nachrichten“ weniger zart als deutlich ab, indem er schrieb: „Was die Gegenkandidatur anbelangt, so mag der Wunsch der Vater des Gedankens sein. Im übrigen handelt es sich hier nicht um einen Partei-, sondern um einen nunmehr rein persönlichen Zwist, der auf die Reichstagswahlen für Breslau ohne jede Bedeutung ist. Sollte aber dennoch irgend jemand in unseren Reihen den Volksversammlungsbeschuß vom 27. Oktober nicht respektieren und der Kühn'schen eine sozialdemokratische Gegenkandidatur entgegenstellen wollen, so würden einem solchen Bruch der Parteidisziplin gegenüber Maßregeln ergriffen werden, von denen der betreffende Bursche sich heute wohl schwerlich etwas träumen mag. — Den Berliner „sozia-

listischen Zuträgern einer gewissen Revolverpresse, die ganz verkommene Subjekte sein müssen, sollte einmal von den mit den Verhältnissen bekannten Genossen der Schadel gehörig zurechtgerückt werden.“

Zu dem am Sonntag, den 10. November 1889, im „Eisbär“, Hintergasse, abgehaltenen Parteitag der schlesischen Sozialdemokratie wurde bereits Stellung genommen, soweit es sich um die Beilegung der persönlichen Differenzen handelte. Als er bei der Polizeibehörde angemeldet wurde, verweigerte der Polizeipräsident die Genehmigung. Eine Beschwerde bei dem Minister des Innern hatte den Erfolg, daß dieses Verbot aufgehoben wurde. Daher tagte der Parteitag unter Kühns Vorsitz. Etwa 40—50 auswärtige Delegierte hatten sich eingefunden. Kühn referierte über die bevorstehenden Reichstagswahlen in Schlesien. Es wurde beschlossen, in allen schlesischen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen, sich aber an der Stichwahl nur dort zu beteiligen, wo Parteigenossen in Frage kommen. Es sollten keine Kompromisse eingegangen werden; eine besonders scharfe Absage müsse dem Freisinn zuteil werden. Die bereits erfolgte Aufstellung der Kandidaten für Breslau-Ost und -West wurde gutgeheißen. Weiter wurden aufgestellt: Th. Mechner = Berlin für Reichenbach-Neurode und Glax-Habelschwerdt. Friß-Kunert = Breslau für Waldenburg (derselbe kandidierte auch für Halle a. S.). August Kühn kandidierte auch für Liegnitz-Goldberg-Hannau. Für Schweidnitz-Striegau der Drechlermeister Oswald Richter in Striegau, der auch für Landeshut-Jauer-Volkenhain aufgestellt wurde. Schuhmachermeister Friß Kamm bach = Cunnersdorf kandidierte für Hirschberg-Schönau. Zigarrenmacher Hugo Keller = Görlitz für Görlitz-Lauban und Löwenberg. Für Rothenburg-Honerswerda wurde der aus Spremberg ausgewiesene Schlosser Breil-Hagen i. W. aufgestellt. Für Breslau (Land)-Neumarkt und für Militsch-Trebnitz der Schuhmachermeister Josef Heisig = Breslau. Former Oskar Schütz kandidierte für Brieg-Namslau und der Tischler Otto Horn = Breslau für Ohlau-Strehlen-Nimptsch. Im Wahlkreise Dels-Wartenberg wurde der Tischler Hermann Selig = Berlin als Kandidat aufgestellt und Tuzauer noch für Frankenstein-Münsterberg. Für Bunzlau-Lüben der Maurer Lorenz in Großenhain (Sachsen). Der Tischler Paul Kühn = Breslau kandidierte für Glogau und der Maurer Paul Haude = Breslau für Grünberg-Freystadt und Sagan-Sprottau. Für die Wahlkreise Leobschütz und Neustadt OS. wurde Josef Brause aus Peterwitz aufgestellt und Johann Maxara = Breslau für die Kreise Kreuzburg-Rosenberg und Oppeln. Für den 3., 4., 5., 6. oberschlesischen Wahlkreis stellte der Parteitag Wilhelm Liebknecht und für den 7., 8., 11. und 12. Wahlkreis August Bebel auf.

Nach Schluß des Parteitags blieben die ober-schle-si-schen Delegierten noch zu einer Besprechung beisammen. Es waren vertreten: Falkenberg durch August Langer; Ratibor durch Kluge; Neustadt und Ziegenhals. Das ober-schle-sische Industriegebiet war für den Sozialismus noch nicht erschlossen. Neustadt wurde zum Vorort bestimmt und auf Langers Anregung hin wurde beschlossen, daselbst eine Konferenz abzuhalten. Seine Absicht war, einen festeren Zusammenschluß durch persönliches Bekanntwerden zu erzielen, damit bei der bevorstehenden Reichstagswahl eine bessere gegenseitige Hilfeleistung erfolge und ein Vorstoß in das Industriegebiet vorgenommen werden konnte. Die Zusammenkunft fand statt, die genannten Orte waren wieder vertreten, auch hatte Neisse einen Vertreter entsandt. Langers Anregungen wurden gutgeheißen. An dieser Konferenz nahmen auch D s k a r S c h ü ß und August Kühn teil. Langer wurde beauftragt, ein Flugblatt mit der Klarlegung seiner Ansichten zu verfassen. Prompt entledigte er sich dieser Aufgabe und sandte den Entwurf, an Kühn. Doch war kein Geld vorhanden, dieses Flugblatt drucken zu lassen und fand daher sein Text in verkürzter Form in den „Schle-sischen Nachrichten“ Aufnahme.

Endlich glückte es den Genossen, einen größeren Saal zu einer Wählerversammlung zu erhalten. Der Wirt des „Tivoli“ in der Neudorfstraße hatte zugesagt und auch Wort gehalten. T u g a u e r konnte in einer überfüllten Versammlung referieren.

Aber auch die Gegner fingen an, sich zu rühren. In einer Versammlung der Kartellparteien sprach der hiesige Staatsanwalt Dr. J s e n b i e l über das Sozialistengesetz, dessen Notwendigkeit er zu begründen versuchte. Darauf wurde beraten, ob das Kartell für die bevorstehende Reichstagswahl zu erneuern sei und diesem fast einstimmig zugestimmt. In einer späteren Versammlung des „Neuen Wahlvereins“ verherrlichte Regierungsrat F r a n k das Wiederzustandekommen des Kartells. In Breslau kämen nur drei Gruppen von Wählern in Betracht, die Sozialdemokraten, die sicher in die Stichwahl kommen, dann die Deutschfreisinnigen und die vereinigten regierungsfreundlichen Parteien. Keine dieser Parteien ist so stark, daß sie allein eine Stimmenmehrheit erlangen kann, und nur mit Hilfe einer der beiden anderen vermag sie zu siegen, sei es auch nur, daß die gewährte Hilfe in der Stimm-enthaltung besteht. Daher müssen die Kartellparteien versuchen, mit den Freisinnigen einen Vertrag für die Stichwahl abzuschließen. Die Freisinnigen erklärten dazu, daß die politische Lage ihr Zusammengehen mit den Kartellparteien völlig ausschließe. Sie verurteilten die Konservativen, die keine geeigneten Agitatoren zum Einfangen der Arbeiterschaft bekommen konnten, durch folgende Notiz: „Heute früh brach auf dem Tauenzienplatz ein Streik der Schneeschipper aus. Auf Verabredung legten alle Mann zu-

gleich die Arbeit nieder. Nachdem indes der Aufseher den Leuten eine kurze, mit unterschiedlichen Flüchen und höchst drastischen Wendungen gespickte Ansprache gehalten hatte, nahmen alle Mann zugleich die Schaufeln wieder auf und schippten fröhlich weiter. Die Breslauer Kartellisten sind auf der Suche nach diesem redewandten Aufseher, der die „Zwiderwurzen“ mit solcher Leichtigkeit an den Schippenstiel zu bannen versteht.“

Das Zentrum trat erst sehr spät in die schlesische Wahlbewegung ein, es hielt seinen Besitzstand für gesichert. Es lehnte aber entschieden ab, sich der Kartellgruppierung in Breslau anzuschließen, sondern beschloß eigene Kandidaten in beiden Wahlkreisen aufzustellen. Auch zugunsten des Freisinns wollte es diesmal darauf nicht verzichten.

Für die Wahl wurde jetzt in ganz Deutschland mit allen Kräften gearbeitet. Die sozialdemokratische Fraktion stellte ein Zentralwahlkomitee auf, bestehend aus Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister und Singer. Auf die Wahl durfte man um so mehr gespannt sein, als das Schicksal des Sozialistengesetzes die Lage erheblich veränderte. Im November 1889 wurde die Vorlage auf seine Verlängerung vom Reichstage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Diese lehnte die Ausweisungsbefugnis ab, wohl in der Erkenntnis, welche zweischneidige Maßregel sie war. In der neuen Fassung wurde das Gesetz im Januar 1890 im Reichstage in zweiter Lesung beraten. Daß einige Milderungen beschlossen wurden, war abzusehen. Daß aber das Gesetz völlig fallen würde, wagte kaum jemand zu hoffen. Es wurde ja schon sehr gelinde gehandhabt, doch solange es überhaupt noch bestand, konnte täglich wieder eine Verschärfung in seiner Praxis eintreten. Der Antrag A d e r m a n n, den Ausweisungsparagraphen wieder herzustellen, wurde abgelehnt, dagegen die unbeschränkte Gültigkeitsdauer des Gesetzes angenommen. Am 25. Januar fand die letzte Sitzung in dieser Legislaturperiode statt und diese nahm die dritte Lesung vor. Die einzelnen Bestimmungen wurden wie in zweiter Lesung angenommen, die Gesamtvorlage dann aber mit 169 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur noch die Nationalliberalen und ein Teil der Reichspartei. Die Konservativen taten es nicht, angeblich, weil sie auf den Ausweisungsparagraphen nicht verzichten wollten. In Wahrheit hatten auch sie offenbar eingesehen, daß der Sozialdemokratie mit dem Gesetz nicht mehr beizukommen war, und benutzten jenen Vorwand nur, um sich keine Blöße zu geben. Der Minister v. Bötticher verlas darauf die Kaiserliche Botschaft, welche die Legislaturperiode für geschlossen erklärte.

Die Ablehnung des Ausnahmegesetzes, auf dessen Ueberwindung die Partei alle Ursache hatte. stolz zu sein, verstärkte ihre Agitationskraft für die Reichstagswahl, die für den 20. Fe-

bruar 1890 festgesetzt war. Mitten in die Wahlagitation hinein fiel die Kaiserliche Botschaft vom 4. Februar, welche weder von Bismarck noch sonst einem Minister gegengezeichnet war. Im wesentlichen betonte sie die internationale Verständigung wegen des Arbeiterschutzes und das war doch gerade eine Hauptforderung



der Sozialdemokraten. Von konservativer Seite hoffte man, der Erlaß würde der Sozialdemokratie sehr schaden, denn viele, welche sonst für sie gestimmt hätten, würden nun im Sinne des Kaisers wählen. Die Sozialdemokraten nutzten auch den Kaiserlichen Erlaß zur Wahlagitation aus, sie gingen mit großer Sicherheit vor und hatten auch in der Agitation großen Erfolg.

Mehrmals hielten nun die Genossen Wählerversammlungen in Breslau ab, so sprach am 2. Dezember K u n e r t im „Eisbär“ und schon drei Tage später T h. M e h n e r aus Berlin im Rösler-  
schen Saale. Da in diesen Versammlungen fast immer Teller-  
sammlungen vorgenommen wurden, erließ der Regierungs-  
präsident von Breslau eine Verfügung, wonach diese Sammlungen  
einer vorherigen behördlichen Genehmigung bedürfen.

Mitten in die Wahlbewegung hinein fiel der Beschluß,  
einen sozialistischen Arbeiter-Verein für  
Breslau und Umgegend zu gründen. Am Mittag  
des 1. Januar 1890 tagte im Saale des Paul Scholzschen Lokals,  
Margaretenstraße 17, eine zahlreich besuchte Volksversamm-  
lung, die den Zigarrenmacher G u s t a v T i k e zum Vorsitzenden  
und den Schuhmachermeister J o s e f H e i s s i g zum stellver-  
tretenden Vorsitzenden wählte. Tischler S c h l e i c h wurde zum  
Kassenverwalter und Schlosser H a n k e zum Schriftführer be-  
stimmt. In dieser Versammlung wurde ein Appell an die Mit-  
glieder der katholischen und evangelischen Arbeitervereine ge-  
richtet, die nicht darauf sehen sollten, ob sie ihr Brot von einem  
katholischen oder evangelischen Bäcker kaufen, sondern sie sollten  
sich darum kümmern, daß das Brot überhaupt größer würde. Sie  
sollten deshalb nicht denen folgen, die ihnen das Kurzfutz voran-  
trügen, sondern denen, die für ihre Interessen eintreten, die für  
billigeres Brot sorgen wollten. Weiter wurde auf die Errungen-  
schaften der Sozialdemokratie hingewiesen, auf den glänzenden  
Sieg bei der Nachwahl im Westkreise, sowie darauf, daß man sich  
jetzt große und schöne Versammlungssäle erobert hätte und über  
eine tüchtige Presse verfüge. Durch die einstimmige Annahme  
einer Resolution sprach sich die Versammlung schließlich dahin  
aus, daß zu Ehren der Bewegung für den achtstündigen Arbeits-  
tag der erste Mai dieses Jahres von den Arbeitern Breslaus als  
Feiertag behandelt werden sollte.

Das Statut und Quittungsbuch (M i t g l i e d s b u c h) des  
neugegründeten Vereins war von außerordentlich kleinem  
Format. Der § 1 des Statuts lautete:

„Der Arbeiterverein hat zum Zwecke gegenseitige Belehrung, Vor-  
träge und Belehrungen über kommunale, soziale, wirtschaftliche Ange-  
legenheiten; das Interesse am öffentlichen Leben zu fördern und Pflege  
der Geselligkeit durch belehrende Vorträge usw.; Gewährung von Unter-  
stützung an in Not geratene oder durch ihre Tätigkeit für den Verein  
geschädigte Mitglieder. (Diese Unterstützung kann auf Beschluß der  
Generalversammlung bewilligt werden.)“

Ueber die Aufnahmebedingungen bestimmte der § 2. Eine  
Verpflichtung auf ein sozialistisches Programm bestand nicht,  
sondern jeder konnte Mitglied werden, der sich im Besitze der  
bürgerlichen Ehrenrechte befand. Die Aufnahme konnte jedoch  
verweigert werden, wenn der Vorstand unter Hinzuziehung von  
vier Mitgliedern im Interesse des Vereins dies für geboten er-

achtete. Das Einschreibegeld betrug 20 Pf., der Monatsbeitrag 10 Pf. Sollte eine unfreiwillige Auflösung erfolgen, so konnte der aus neun Personen bestehende Vorstand über die Vereinskasse und das sonstige Eigentum des Vereins nach eigenem Ermessen verfügen.

Dieser Parteiverein ist der einzige von seinen Vorgängern, der nicht aufgelöst wurde und sich halten konnte; er ist die noch heute in Breslau bestehende Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als 25 Jahre später, am 1. Januar 1915, während des Weltkrieges, der Sozialdemokratische Verein Breslau das Fest seines 25jährigen Bestehens feierte, lebten von den Gründern, die auf eine ununterbrochene Mitgliedschaft zurückblicken konnten, noch die 16 nachstehend aufgeführten Genossen:

Gottlieb Bunte, Lackierer,  
Carl Burgund, Schneidermeister,  
Balduin Gerhardt, Former,  
August Hampel, Arbeiter,  
Julius Joppert, Zeugschmied,  
Hermann Köhler, Kutscher,  
Paul Kühn, Tischler,  
August Langner, Tischler,  
Vincenz Liepelt, Schneider,  
Carl Linde, Schlosser,  
Paul Meißner, Zigarrenmacher,  
Julius Scholz, Buchbinder,  
Dskar Schütz, Former,  
Paul Thiel, Zigarrenmacher,  
Gustav Tike, Zigarrenfabrikant,  
Ernst Zahn, Schuhmacher.

Die örtliche Parteileitung ehrte die unentwegten Alten auch dadurch, daß sie eine Gruppenaufnahme von ihnen anfertigen ließ. Kühn und Liepelt waren durch Krankheit verhindert, dieser Aufnahme beizuwohnen.

Am 7. Januar hatte sich Theodor Meßner aus Berlin vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Zur Last gelegt wurde ihm ein Vergehen gegen den § 131 des Strafgesetzbuches (Wer erdichtete oder entstellte Tatsachen wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft). Es handelte sich um die Versammlung in „Neu-Holland“, in der Meßner über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Forderungen der Arbeiter“ gesprochen hatte und die aufgelöst wurde, als Meßner davon sprach, daß man die Forderungen der Arbeiter mit blauen

Bohnen beantwortet hatte. Als Verteidiger war der spätere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt **Arthur Stadthagen** aus Berlin zur Stelle. Von Amts wegen waren die Polizeikommissare **Roll** und **Klar** als Zeugen geladen; von der Verteidigung der Former **Ernst Rudolph** und der **Lischler Otto Horn**.

**Mehner** bestritt, daß er gesagt habe: „mit blauen Bohnen gefüttert“, er habe vielmehr gesagt: „mit blauen Bohnen geantwortet“. Die Zeugenaussagen ließen nicht klar erkennen, in welcher Form die Worte gefallen waren. Das Gericht verurteilte den 59 Jahre alten, bisher unbescholtenen Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, zu zwei Monaten Gefängnis.

Nachdem die Aufstellung der bürgerlichen Kandidaten beendet war, standen sich im Ostkreise folgende Kandidaten gegenüber: **Tukauer** für die Sozialdemokratie. Für die Kartellparteien der Oberpräsident v. **Sendewitz**; für die Deutschfreisinnigen kandidierte der Seifenfabrikant **Christian E. Weder** und für das Zentrum und den Verein zum Schutze des Handels und Gewerbes der Kaufmann und Stadtverordnete **Raiser**.

Im Westkreise kandidierte neben dem Sozialdemokraten **Rühn** der nationalliberale Kommerzienrat **Rosenbaum** für die Kartellparteien. Redakteur **K. Bollrath** war der Kandidat für die Deutschfreisinnigen und Graf **Dr. Franz Matschka** der des Zentrums.

Auf der Suche nach neuen Versammlungslokalen wandte sich die sozialdemokratische Lokalkommission auch an die Brauerei von **U. Friebes Erben** wegen Ueberlassung des „**Friebeberg**“. Sie erhielt einen ablehnenden Bescheid, und erklärte den Boykott über alle Lokalitäten, in denen Friebebiere ausgeschenkt wurde, darunter befand sich auch der „**Schweidnitzer Keller**“. Boykottposten standen auf dem Ringe in der Nähe des Einganges und verteilten Boykottzettel. Für manchen Genossen bedeutete es einen nicht geringen Grad von Entfremdung und Widerstand, wenn er an der schwarzen Pforte des Kellers vorübergehen mußte, in dem er sonst zu allen Zeiten des Tages Gleichgesinnte treffen konnte.

Noch bei keiner Breslauer Wahl hatte ein solcher Zuandrang zur Prüfung der Wählerlisten stattgefunden, wie diesmal; mehr wie 7000 Personen nahmen Listeneinsicht. Meist waren es unsere Genossen, denen es mit der Berechtigung der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte bitterer Ernst war.

Auch diese Reichstagswahl sollte nicht vorübergehen, ohne daß der Versuch gemacht wurde, die Arbeiterschaft für die Kartellparteien einzufangen. Wieder war es der Fabrikbesitzer **Hermann Seidel**, der im vorigen Jahre den Fackelzug von mehr wie

12 000 Arbeitern zustande gebracht und dafür einen Orden bekommen hatte. Er rief die königstreue Arbeiterschaft in das Martinecksche Lokal in der Fürstenstraße zusammen und etwa 150 bis 160 Zuhörer fanden sich ein. Herr Seidel redete und schließlich blieb man noch zusammen bei Freitrunke und Liebeszigarren und sang Lieder, unter denen auch eins, wahrscheinlich vom Festgeber gedichtetes, sich befand, das von ganz besonders bösariger Macho war. Als Probe dienen nur die beiden letzten Zeilen:

„Wir wählen schnell wie ein geölter Blix  
Herrn Rosenbaum und Herrn v. Sendewitz.“

Später während der Stichwahl war Herr Seidel noch eifriger tätig. Neben den königstreuen Arbeitern wurden die katholischen und evangelischen herangezogen. Domvikar Laske und Pastor Günther waren dabei seine Helfer, doch waren stets nur Arbeiter eingeladen, die nicht zur Sozialdemokratie gehörten. Am Saaleingange wurde scharfe Kontrolle geübt.

Diesem Treiben gegenüber wandten die Genossen auch mehrmals rabiate Mittel an, sie klebten nächtlich Wahlaufrufe an die Häuser und versuchten, bürgerliche Versammlungen zu sprengen, obgleich die Parteileitung gebeten hatte, letzteres zu unterlassen. In einer Versammlung des „Männerbundes zur Bekämpfung der Unzucht“, in der Pastor Phillips aus Berlin referierte, ertönten fortgesetzt Hochrufe auf Kühn und Tugauer. Erst als die Mehrzahl der Versammelten aus dem Saale entfernt worden war, konnte der Pastor seinen Vortrag beenden. In mehreren von deutschfreisinniger Seite einberufenen Wählerversammlungen wiederholte sich dieses Schauspiel. Eine von den Kartellparteien zum Abend des 17. Februar nach dem Pantkeschen Lokal in der Hubenstraße einberufene Versammlung wurde direkt unmöglich gemacht. Die Einberufer übten eine strenge Kontrolle, nur mit Einlaßkarten versehene Arbeiter der Oberschlesischen Eisenbahn wurden hineingelassen. Von diesen hatte eine Anzahl ihre Karten an bekannte Genossen abgetreten und ihnen auch die Dienstmützen geliehen. Dadurch war es einer starken Gruppe Sozialdemokraten möglich geworden, in das Versammlungslokal zu kommen. Aber weit über 1000 Genossen füllten noch, Einlaß begehrend, den vor dem Saale liegenden Garten. Der Vorsitzende, Regierungsrat Frank, konnte nicht zu Worte kommen. Die „Schlesische Zeitung“ schrieb von einer sozialdemokratischen Horde, von einer Sippe, welche arge Zerstörungen anrichtete und schließlich durch Schußleute mit der blanken Waffe zu Paaren getrieben werden mußte.

So kam der Wahltag heran, die Genossen hatten noch in der Nacht vorher an den Häusern und Brückenpfeilern mit schwarzer Delfarbe schabloniert: „Wählt Tugauer!“ und „Wählt Kühn!“ An den Anschlagstafeln prangten auf neu angehefteten ziegel-

roten Plakaten die kaiserlichen Erlasse. Abends wurden folgende Ergebnisse gezählt:

Im Ostkreise waren von 32 119 Wahlberechtigten 23 748 Stimmen abgegeben worden. Es hatten erhalten: Tuzauer 9991, v. Seydewitz 5492, Chr. E. Weder 4129, Kaiser 4013 Stimmen. Das Endergebnis war Stichwahl zwischen Tuzauer und v. Seydewitz.

Im Westkreise fielen von 33 681 Wahlberechtigten 24 743 gültige Stimmen. Es hatten erhalten: Kühn 11 459, Bollrath 6293, Rosenbaum 5372, Graf Matuschka 1489 Stimmen. Somit wurde Stichwahl zwischen Kühn und Bollrath nötig.

Noch an demselben Abend beschloß die Zwölfertkommission der Kartellparteien, ihren Parteigenossen zu empfehlen, bei der Stichwahl im Westen dem Redakteur Bollrath die Stimme zu geben und für ihn zu wirken. Dadurch kam ein Abkommen zustande, wonach sämtliche bürgerlichen Parteien in beiden Kreisen zur Stichwahl gemeinsam gegen die Sozialdemokratie vorgingen. Der konservative Kandidat des Ostkreises, für den nun auch die Deutschfreisinnigen eintraten, war nicht nur ein extremer Reaktionär, sondern auch ein sehr strenger Polizeiherr. In seiner Eigenschaft als Oberpräsident hatte er kurz vor der Wahl eine strenge Polizeiverordnung zur äußeren Heilighaltung der Sonntagsruhe erlassen, deren Ausführung in Breslau er zeitweise selbst überwachte. Er spazierte an Sonntagen während der Zeit des Hauptgottesdienstes öfter durch die Straßen. Fand er nun, daß ein Schaufenster oder eine Ladentür nicht bis zur letzten Ecke dicht verhängt war, so ließ er nicht nur den Ladeninhaber, sondern auch den zuständigen Revierschutzmann bestrafen. Diese strenge Handhabung der Sonntagsruhe-Verordnung trug viel dazu bei, daß er das Reichstagsmandat verlor. Die Bändler und sonstige Ladeninhaber, die bei der Hauptwahl meist freisinnig gewählt hatten, verweigerten ihrer Parteileitung nicht nur den Gehorsam, sondern stimmten teilweise auch direkt gegen v. Seydewitz und damit für unseren Genossen Tuzauer. Letzterer erhielt 2775 Stimmen mehr als im ersten Wahlgange. Somit hatten sich die Konservativen in ihrer eigenen Schlinge gefangen, denn von ihrer Seite war das Stichwahlkompromiß angeregt worden, um das Mandat für Seydewitz zu retten.

Auch das Zentrum kommandierte seine Wähler zur gemeinsamen Abwehr gegen die Sozialdemokratie.

Die „Schlesischen Nachrichten“ schrieben zu dem Wahlergebnis:

„Ein unverhofft herrlicher Sieg ist uns in ganz Deutschland zuteil geworden. Der donnernde Tritt der ungezählten Arbeiterbataillone, die unter den wehenden roten Fahnen ziel- und zweckbewußt am 20. Februar ihre Aufstellung nahmen, dieser Massentritt ist mit solcher Deutlichkeit

bisher noch nicht in der Weltgeschichte vernommen worden. Ratlos und zerschlagen fragt da die alte Welt: „Was will das werden?“ Das neue Geschlecht aber antwortet: „Aus dem Teilsiege der Partei soll der ganze Triumph der Menschheit werden, aus dem geboren werden sollen: Freiheit und Friede, Bildung und Wohlfahrt.“

Die „Breslauer Zeitung“ entwickelte die Gründe, die zu dem Beschlusse der bürgerlichen Parteien, gemeinsam gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, geführt hätten. Der wichtigste der Gründe wäre der, daß die Breslauer Sozialdemokratie unter der Führung, deren sie sich jetzt erfreue, eine ganz andere geworden sei, als die Sozialdemokratie irgendwo sonst ist. Das hiesige Organ der Sozialdemokratie und mit ihm der Rednerstamm der Partei, sie fordern das politische Ehrgefühl aller nichtsozialistischen Parteien, namentlich aber der freisinnigen Partei, in einer Weise heraus, für welche kein abwehrender Ausdruck zu stark ist. Die Breslauer Sozialdemokratie, wie sie sich jetzt gebärde, lasse in einen Abgrund von Fanatismus, von gehässiger Unversöhnlichkeit blicken, der jeden rechtlich denkenden Staatsbürger, er mag rechts oder links stehen, stüßig mache. Und die „Breslauer Morgenzeitung“ schrieb: „Diese Partei zu schonen, deren Mitglieder unter den wehenden roten Fahnen ziel- und zweckbewußt ihre Aufstellung nehmen, wäre mehr als ein politischer Fehler.“

Die Genossen ließen sich durch diese Urteile in ihrer Agitation nicht stören. Sie verteilten ein Flugblatt, in dem den Handwerkern und kleinen Beamten gesagt wurde, daß ihr Platz an der Seite der Sozialdemokratie sei. Auch den gläubigen Christen sagte es, daß Bollrath, der Freisinnige und Sendewitz, der Kartellist, nicht ein Atom mehr glauben, als Franz Tuzauer oder August Kühn, die Sozialdemokraten.

Die Stichwahl am 1. März brachte im Ostkreise den Sieg Tuzauer's. Er erhielt 12 766 Stimmen, während es Herr v. Sendewitz auf nur 12 337 Stimmen brachte.

Im Westkreise unterlag Kühn mit 13 282 Stimmen gegenüber dem Freisinnigen Bollrath, der es auf 13 600 Stimmen brachte.

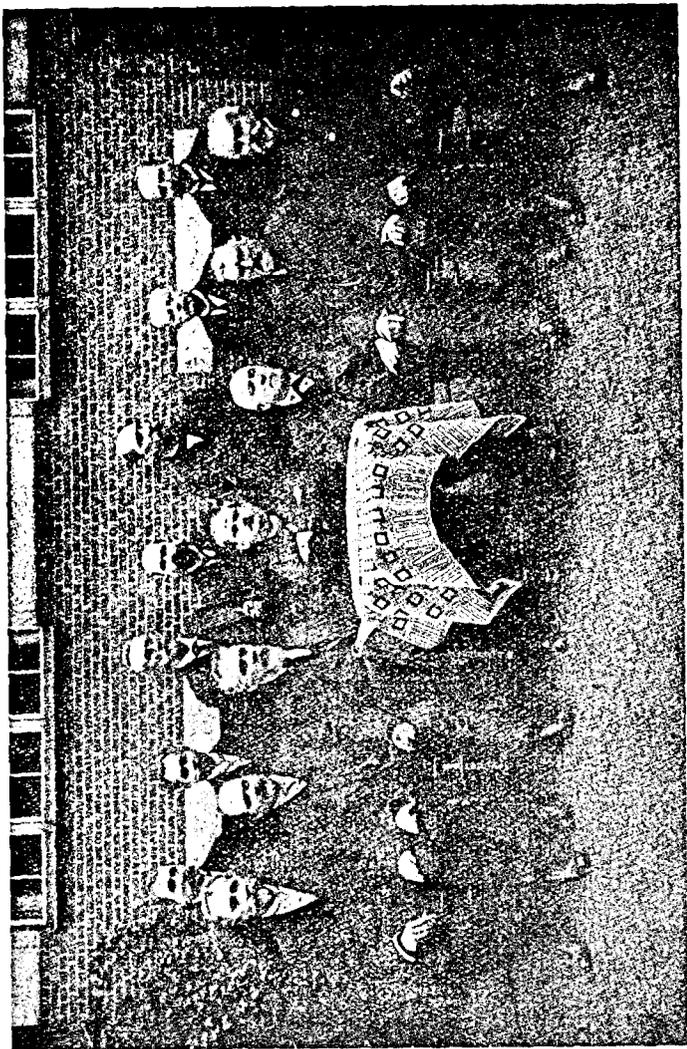
Als das Wahlergebnis bekannt wurde, durchzogen große Arbeitermassen die Stadt, stürmische Hochrufe auf Tuzauer ausbringend. Es war nur ein Teilerfolg, den die Genossen zu verzeichnen hatten, da der Westkreis verlorengegangen war.

Unter den im Jahre 1890 gewählten Sozialdemokraten befanden sich auch Emanuel Wurm, der in Reuß ä. L. durchkam und Kunert, der in Halle siegte; die Gesamtzahl der gewählten Genossen betrug 35. Dieser sozialdemokratische Wahlsieg, die Ablehnung des Sozialistengesetzes und persönliche Mißheiligkeiten mit dem Kaiser trugen wohl das meiste zu Bismarcks Rücktritt bei. Mit Recht konnten die Sozialdemokraten triumphierend sagen, daß er, der über so viele Gegner gestiftet

hatte, im Kampf mit ihnen unterlegen war. Auf seinen Nachfolger Caprivi setzten die Freisinnigen anfangs große Hoffnungen und Erwartungen, sie sollten aber enttäuscht werden.

Wieder bot die Wahl im Kreise Reichenbach-Neurode Anlaß zu einem Wahlprotest. Dort war der Zentrums-  
mann Dr. Porsch gewählt worden. Die Geschäftsinhaber der  
Kunstanstalt in Neurode, Conrad und Deube, hatten ein  
Zirkular an die Arbeiter gerichtet, in dem gesagt wurde, daß  
alle Arbeiter entlassen werden, wenn Dr. Porsch nicht gewählt  
wird. Wenn zugunsten des Zentrums Wahlbeeinflussungen er-  
folgten, durfte die Geistlichkeit nicht fehlen. Der Pfarrer  
Brauner in Ludwigsdorf hatte am Tage vor der Stichwahl  
am Schlusse der Messe zu den Anwesenden gesagt, sie sollten ja  
Dr. Porsch wählen, denn wenn sie den sozialdemokratischen  
Schuster Meßner wählten, könne er sie nicht ordentlich begraben,  
sie müßten dann hingetragen werden wie die Gehangenen. Hierzu  
nahm die Wahlprüfungskommission eine eigenartige Haltung  
ein, sie sagte, man könne den Geistlichen nicht als eine politisch  
autoritative Person ansehen. Die Wahlen seien politische An-  
gelegenheiten, in welchen grundsätzlich eine Autorität der Orts-  
geistlichkeit nicht anerkannt werden könne. In Obersdorf, Kreis  
Reichenbach, hatte der Inspektor des dortigen Dominiums, der  
zugleich auch Wahlvorsteher war, am Stichwahltage ganz eigen-  
artig gefaltete Stimmzettel für Dr. Porsch durch einen seiner  
Untergebenen an die Arbeiter des Dominiums, wie auch an die  
übrigen Wähler verteilen lassen. Es gehörte eine ziemliche  
Fingertfertigkeit dazu, die angewendete Faltung der Zettel nach-  
zumachen. Sogar ein Bauerngutsbesitzer hatte in der Gaststube  
vor dem Eingang in das Wahllokal erklärt, ich muß wohl diesen  
Zettel abgeben, sonst merkt der Inspektor, daß ich nicht Porsch  
wähle. Der Direktor Straßburg in Ernsdorf bei Reichenbach,  
dem die Gasanstalten in Ernsdorf und Langenbielau unterstellt  
waren, hatte den Arbeitern beider Anstalten, deren Zahl im  
Winter ca. 20 Mann beträgt, gesagt, wer von euch in der Stich-  
wahl Meßner wählt, wird entlassen und kann sich bei Meßner  
Arbeit suchen. Der Direktor war Wahlvorsteher in Ernsdorf  
und der ihm unterstellte Inspektor Görke war Wahlvorsteher  
in Langenbielau. Also beide in den Bezirken, in denen die Ar-  
beiter wohnten und mithin eine Kontrolle ihrer Abstimmung zu  
fürchten hatten.

Das Zentrum hatte von den Konservativen und Reichspar-  
teilern gelernt und arbeitete hier wie diese gegen den Sozialdemo-  
kraten, mit dem sein Kandidat in der Stichwahl stand. Dr. Porsch  
hatte mit 10 192 Stimmen gesiegt gegenüber Th. Meßner,  
welcher 9748 Stimmen erhalten hatte. Der Reichstag beschloß die  
Gültigkeit der Wahl.



Die noch lebenden Mitbegründer des Sozialdemokratischen Vereines Breslau (Aufnahme am 25 Gründungstage: 1. Januar 1915).

Langner    Scholz    Gerhardt    Jahn    Meißner    Bunte    Köhler  
 Linde    Burgund    Schütz    Tige    Thiel    Joppert    Hampel